

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelnenpreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach Bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postkontokonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 11

Mittwoch, den 14. Januar 1920

11. Jahrgang

In Berlin wieder Blut geflossen.

Blutige Zusammenstöße vor dem Reichstagsgebäude.

Die „Freiheit“ veröffentlicht gestern früh einen vom Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P., dem Deutschen Metallarbeiterverbande und einer Reihe anderer Verbände unterzeichneten Aufruf an Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, heute nachmittags nach 12 Uhr den Betrieb zu verlassen und in Massen vor dem Reichstag gegen das Betriebsrätegesetz zu demonstrieren.

Das Reichstagsgebäude war inzwischen von einer verhältnismäßig schwachen Wache der Sicherheitsbeamten besetzt worden. In den Nachmittagsstunden wuchs die Masse der Demonstranten derart an und die Belästigungen der Sicherheitsbeamten nahmen derart zu, daß man schließlich Verstärkungen heranziehen mußte. Während sich der größte Teil der Demonstranten, nachdem sich verschiedene Abgeordnete der unabhängigen Partei mit ihren Wünschen bekannt gemacht hatten, wieder entfernten, blieben noch viele Tausende in den Zugangsstraßen wie die Mauern stehen. Es wurden Flugblätter verbreitet, die von der kommunistischen Partei Deutschlands, Spartakusbund, unterzeichnet waren, die überaus scharfe Angriffe gegen Noske, Ebert und Scheidemann enthielten. Die Uberschrift lautete „Ebert oder Eudendorff“. Zum Schluss wurde in großen Lettern aufgeführt: „Macht euch bereit: Nieder mit der Militärmonarchie! Es lebe die proletarische Diktatur! Es lebe die Räterepublik!“ Durch diesen Aufruf angefeuert, hielten einzelne Schindheden gegen die Nationalversammlung und gegen die grüne Polizei, so daß sich schließlich eine Anzahl Demonstranten dazu hinreihen ließ, das Portal nach dem Tiergarten hin zu stürmen. Trotz aller Warnungen und trotz der ruhigen Haltung der Sicherheitsbeamten war es nicht gelungen, die Menge zum Auseinandergehen zu bringen. Da die Gefahr bestand, daß die Sicherheitswehr überwältigt wurde, mußte zur Waffe gegriffen werden, und man gab aus Gewehren und Maschinengewehren Feuer auf die Menge, so daß eine Anzahl getötet und verwundet wurde. Sehr verdroßlich gefühlte die Lage für die Sicherheitsmannschaften am Bismarckdenkmal. Die Menge fiel über sie her, braute ihnen die Karabiner und schob damit auf die Beamten. Ein Teil der Waffen wurde zertrümmert. Mehrere Sicherheitsbeamten wurden erheblich verletzt. Gegen 4 Uhr war der Platz gesäubert und nun rollten Sanitätsautos heran, die die Toten sowie die Schwerverwundeten und auch einige Leichtverletzte in die Krankenhäuser brachten.

Nähere Einzelheiten.

Berlin, 13. Jan. (W. L. B.) Nach einem uns über die dauerlichen Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude zugegangenen authentischen Bericht verliefen die Demonstrationen vor dem Reichstag bis gegen 3^{1/2} Uhr verhältnismäßig ruhig. Zu dieser Zeit versuchten an der linken Seite des Portals 1 mehrere Männer in Matrosenuniform, gegen die Aufsicht vorzudringen und leisteten den Sicherheitswehrlenten, die sie zurückdrängen wollten, Widerstand. Die nachfolgende Menge drang immer weiter vor. Die Lage der Sicherheitsmannschaften an der linken Aufsicht war plötzlich sehr bedrohlich. Mehrere Mannschaften wurden von der Menge entwaffnet, mißhandelt, mit Füßen getreten und zum Teil weggeschleppt. Wie von Abgeordneten der Nationalversammlung, Beamten des Reichstages und von Pressevertretern bezeugt wird, hat dann ein Mann von der Freitreppe aus, mit einem der Gewehre, die den Sicherheitsmannschaften abgenommen waren, mehrere Male geschossen. Ein Sicherheitswachmann, der sich im Vorraum der Rotunde an dem Hauptportal nach dem Königsplatz zu befand, wurde durch einen Schuß verwundet. Die am Königsplatz versammelte Menge setzte ihren Versuch, in das Reichstagsgebäude einzudringen, mit großem Nachdruck fort, wobei es zu wüsten Szenen kam.

Den bedrohten Mannschaften vom Portal 1 wurde Verstärkung von den Seitenportalen gesandt. Die ersten Verstärkungen, die von Portal 2 vorgeschickt wurden, wurden von der Menge angegriffen, entwaffnet und mißhandelt. Als dann die Menge gegen das Portal 2 vorging und die Aufforderung des wachhabenden Offiziers, zurückzugehen, nicht geschossen wurde, ohne Erfolg blieb, sah sich die Sicherheitspolizei genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Hätte sie wenige Sekunden gezögert, so wäre sie von den Angreifern überwältigt und entwaffnet worden. Da die Menge sofort auseinander stob, wurde das Feuer nach einer Viertelminute eingestellt. Um dieselbe Zeit wie am Portal 2 sah sich auch am Portal 3 die durch Portal 5 verstärkte Befehlsabteilung genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Das Echo in der Nationalversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt Abg. Geyer (U. S.) Einspruch gegen die Befehlsabteilung des Hauses mit Maschinengewehren. Es sei das des Parlaments unwürdig, unter solchen Maßnahmen zu tagen. (Wachen bei der Mehrheit.)

Präsident Fehrenbach: Ich hatte weder das Recht noch den Anlaß, die von der Regierung für notwendig erachteten Sicherheitsmaßnahmen zu unterbinden. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes. Während des Berichts, der vom Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) erstattet wird, werden im Saal Gerüchte über die vor dem Hause stattfindenden Kämpfe laut, worauf die Unabhängigen, von Tribünenbesuchern unterstützt, mit wilden lärmenden Zurufen die Schließung der Sitzung zu erzwingen suchen. Präsident Fehrenbach verläßt, als der Lärm die Fortsetzung des Berichtes unmöglich macht, um 3^{1/2} Uhr den Präsidentensitz. Um 4 Uhr 10 Minuten eröffnet er die Sitzung wieder mit dem Ausdruck schmerzlichen Bedauerns, daß die Unruhen vor dem Reichstagsgebäude Verwundungen, und zwar auch solche tödlicher Art geordert haben. Es kommt jetzt alles darauf an, wegen des Eindrucks im Reiche und im Auslande die Ruhe zu bewahren.

Abg. Geyer (U. S.): In meiner Erregung bin ich nicht imstande, jetzt der Beratung beizuwohnen. Der Vertagungsantrag der Unabhängigen findet nur die unzureichende Unterstützung der Antragsteller.

Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) versucht vergeblich, seinen Bericht weiter zu erstatten. Die Unabhängigen lärmten fortwährend durch Schlußrufe. Es erfolgen zahlreiche oft dreimal wiederholte Ordnungsrufe. Als der Lärm fortbauert, erklärt der Präsident um 4^{1/2} Uhr: Ich unterbreche die Sitzung um eine Viertelstunde und unterlasse den Abgeordneten Dümell, Lautant und Geyer, an der nächsten Sitzung teilzunehmen.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung wieder um 5 Uhr 10 Minuten (die Abg. Lautant, Dümell und Geyer sind im Saale anwesend) mit folgenden Worten: Jetzt steht die betrieblische Latsche fest, daß vielleicht 10 Todesfälle zu verzeichnen sind. Das ändert die Sachlage. Die Toten sind zum Teil in unser Haus gebracht worden. Angesichts dessen schlage ich jetzt selbst vor, sich zu vertagen. Für die Opfer haben wir schmerzliches Bedauern und sprechen den Angehörigen das tiefste Mitgefühl der Nationalversammlung aus. Die Mitglieder hörten stehend diese Ansprache an. Hierauf wurde die Sitzung auf Mittwoch 10 Uhr vertagt. Fortsetzung der zweiten Beratung des Betriebsrätegesetzes.

Maßnahmen der Regierung.

Berlin, 13. Jan. (W. L. B.) Es ist dafür gesorgt, daß außer dem Reichstag, auch alle übrigen öffentlichen Gebäude hinlänglich gegen jede Belästigung geschützt sind. Ebenso ist veranlaßt, daß der öffentliche Verkehr unter keinen Umständen irgendwie gestört wird. Alle lebenswichtigen Betriebe werden nötigenfalls durch die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bestimmten Organe gesichert.

Berlin, 14. Jan. (W. L. B.) Der Reichswehrminister Noske erläßt folgende Bekanntmachung: Als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Berlin und Brandenburg verbiete ich auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung vom 13. Januar 1920 Druck und Vertrieb der Zeitung „Die Freiheit“ sowie der beiden Zeitungen „Die rote Fahne“ im Gebiete des Ausnahmezustandes.

Die Zahl der Opfer.

Berlin, 13. Jan. (W. L. B.) Infolge der Ausschreitungen gegen die Nationalversammlung sind auf Seiten der Sicherheitswehr zwei Tote, zwei Vermisste, die aufgefunden verschleppt worden sind, und 16 Verwundete zu beklagen.

Die Zahl der Toten auf Seiten der Demonstranten beträgt über 20. Schwerverletzte wurden im Reichstag ungefähr 45 eingeliefert.

Stimmen der Berliner Presse.

„Berliner Tageblatt“: In der deutschen Parlamentsgeschichte haben die gestrigen Vorgänge vor uns im Reichstagsgebäude nicht ihres gleichen. Es war ein Ringen um den Besitz des Erfolges, zu dem der Ansturm auf das Reichstagsgebäude das Signal gab.

„Vorwärts“: Es war ein politisches Verbrechen, es war eine Schandtat, die 50 und mehr unschuldige Menschen mit ihrem Blute bezahlen mußten. Die schuldigen Verbrechen sind die politischen Hefker, die sich der Demonstration bemächtigt, die die Waffen zur Siebestige aufstachelten und dem dümmeln Gesindel überließen, das überall herumläuft, um sich führerloser Massen zu bemächtigen und dann an ihrer Spitze wilde Tümele auszuüben.

Die Regierung hat, wie in der „Zoff.“ gesagt wird, die Pflicht, die Arbeiten des Parlaments zu schützen. Das Befehl der Demokratie besteht nicht darin, daß jeder Bürger in jedem beliebigen Maße tun darf, was ihm gerade einfällt. Der Demokrat hat die Formen zu achten, die er selbst sich gesetzt hat.

Ausnahmezustand in ganz Norddeutschland.

Berlin, 13. Jan. (W. L. B.) Die an verschiedenen Orten des Reiches aufflammenden Unruhen, die blutigen Ausschreitungen vor der Nationalversammlung in Berlin, besonders aber die Notwendigkeit, den Eisenbahnbetrieb und die Kohlenversorgung zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Katastrophe unter allen Umständen in Ordnung zu halten, hat den Reichspräsidenten veranlaßt, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für das gesamte Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und der von diesen umschlossenen Gebiete den Ausnahmezustand zu verfügen.

Wo keine Veranlassung besteht, werden die ausführenden Stellen von den Ausnahmevorschriften keinen praktischen Gebrauch machen. Für den ganzen Geltungsbereich der Verordnung wird aber jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen zum Zwecke der Stilllegung lebenswichtiger Betriebe verboten. Lebenswichtige Betriebe sind alle öffentlichen Verkehrsmittel, alle Anlagen und Einrichtungen für Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle. Die Ausdehnung der Verordnung auf Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden bleibt vorbehalten.

Für Berlin und die Mark Brandenburg hat der Reichswehrminister Noske persönlich die Ausübung der vollziehenden Gewalt ohne Übertragung an einen besonderen Oberbefehlshaber übernommen. Zum Polizeipräsidenten für Berlin bestellt worden. Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten. Ein erneuter Versuch, die Deutsche Nationalversammlung in ihrer Arbeit durch Anfechtungen und Kundgebungen vor oder im Umkreise des Reichstagsgebäudes zu stören, werden schon im Beginn durch entsprechende Maßnahmen verhindert werden. Die preussische Staatsregierung hat infolge des durch den Reichspräsidenten erlassenen Ausnahmezustandes den Belagerungszustand, insoweit er innerhalb des preussischen Staatsgebietes noch besteht, aufgehoben.

Die Eisenbahnerbewegung.

Der Streit im Oberrhein.

Berlin, 13. Jan. (W. L. B.) Der Eisenbahnerstreik ist für jetzt etwas abgeklungen. In der Oberrheinischen Gegend ist der Streit beigelegt. Im Bezirk Bressan ist die Streikgefahr vorläufig beseitigt. Im Oberrheinischen Bezirk ist die Arbeit fast überall wieder aufgenommen.

In Düsseldorf fand gestern eine von der örtlichen Streikleitung einberufene Versammlung der Eisenbahner statt, um über die Annahme oder Ablehnung des Beschlusses der Hauptstreikleitung in Elberfeld, die Arbeit heute wieder aufzunehmen, abzustimmen. Sämtliche Vertreter der Organisationen traten für den Abbruch des Streiks ein. Nach erregten Auseinandersetzungen wurde der Antrag auf sofortige Beendigung des Streiks gegen eine Stimme angenommen. Eine weitere Entschärfung besagt, falls die Regierung bis zum 15. Jan. die gemachten Zugeständnisse nicht erfüllt, die Eisenbahner geschlossen wieder in den Streik treten.

Maßnahmen der Eisenbahnerverwaltung.

Düsseldorf, 13. Jan. Die Eisenbahndirektion Elberfeld hat folgende Verfügung erlassen: Der Reichsminister Steiner ist zum Eisenbahnenkommissar für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Minden, Münster und Arnsberg ernannt worden. Entsprechend seinen Anordnungen werden sämtliche im Ausnahmezustand befindlichen Arbeiter aufgefordert, die Arbeit spätestens innerhalb 24 Stunden nach Bekanntwerden des Befehls wieder aufzunehmen. Wer dieser Aufforderung nicht Folge leistet, ist als entlassen zu betrachten. Die Lohnzahlung erfolgt vom Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme ab und nur für die Zeit der wirklichen Arbeitsleistung. Die Stellung von Lokomotiven und Wagen an die Strecken ist nur noch mit Genehmigung des Regierungskommissars zulässig. Vom Düsseldorf Hauptbahnhof aus verkehren heute abend die Züge wieder nach allen Richtungen mit Ausnahme der Strecke über Duisburg. Der militärische Bahnschutz ist für den ganzen Bezirk angeordnet worden. Nach einer Mitteilung des Militärbehörden sind die Zeitungen „Freiheit“ in Duisburg und „Kommunist“ in Düsseldorf bis auf weiteres verboten worden. Heute wurde in Düsseldorf die Post, das Fernsprech- und Telegraphennetz militärisch besetzt.

Wie der Weltkrieg entstand.

Unter diesem Titel ist kürzlich das Buch von Kautsky über die Schuld am Kriege erschienen. Ein Werk von nieder-schmetternder Gewalt für alle diejenigen, welche bisher noch an die ahnungslose Unschuld der deutschen Kriegsbrandstifter glaubten, aber auch eine charaktervolle Ergänzung für die auf Objektivität Anspruch machende Geschichtsschreibung. Was hier*) auf 182 Seiten niedergelegt ist, darf den Anspruch absoluter Zuverlässigkeit erheben, weil sich jede Behauptung auf vorliegende Dokumente gründet.

Im ersten Kapitel rechnet Kautsky mit seinen Sozialisten ab, die sich die Sache so leicht machen und mit apodiktischer Sicherheit behaupten, nicht einzelne Personen und Institutionen trügen die Schuld am Weltbrand, sondern der Kapitalismus. Kapitel 2 bis 6 bringen eine etwas summarische Vorgeschichte des Krieges, etwa von 1888 an, bis eine kurze Wiederholung derjenigen sein soll, welche da behaupten, wir seien eingekreist worden, während das Gegenteil der Fall ist. Durch eine unsinnige Politik haben wir uns selbst ausgetreift.

Im 7. Kapitel geht Kautsky mit jenen auseinander, die für die Schuldfrage nicht nur die Vorgänge der Tage vom 5. Juli bis 1. August entscheiden lassen, sondern die „wissenschaftlich“ weiter zurückgreifen wollen. Abgesehen davon, daß eine solche „wissenschaftliche“ Untersuchung, die sich etwa auf die Zeit von 1890 an erstreckt, auch nicht zu Deutschlands Vorteil ausfällt, würde der noch „wissenschaftlicher“ vielleicht bis zu Friedrich dem Großen zurückgreifen, der allerwissenschaftlichste aber vielleicht seine Untersuchung mit dem Vertrage von Verdun (843) beginnen, der aus den Trümmern des Reiches Karls des Großen etwa das heutige Frankreich und Deutschland schuf.

In den Kapiteln 8-19 entrollt sich nur vor unsern Augen das Gemälde der hochdramatischen Zeit vom 28. Juni (Mord in Serajewo) bis zu den Kriegserklärungen. Klar geht daraus hervor, daß Oesterreich, das den Krieg gegen Serbien schon 1913 begonnen wollte, aber infolge Einpruchs Deutschlands und Italiens nicht durfte, nun das Placet Wilhelms des Reichserzkanzlers erhält. In Potsdam erlannt am 5. Juli Oesterreich freie Hand gegen Serbien selbst auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland und Frankreich hin. Da, Wilhelm kann die Zeit nicht erwarten, bis Oesterreich eingreift und drängt zur Eile. Daß Serbiens Unschuld erwiesen ist, macht nichts aus. Am 13. Juli beschließt der österreichische Sektionsrat in Wien aus Serajewo: „Mit wissenschaftlicher Verbücher Regierung an der Leitung des Attentats oder dessen Vorbereitung und Bereitstellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen.“

Nach nichts, mit der „Räuberbande“ muß „aufgeräumt“ werden. Die ganze Verlogenheit und Geheimnisthämerei vor und nach der Ueberreichung des schier unannehmbaren Ultimatus wird aus den Kapiteln offenbar.

Dann erfolgte nach dem 27. das furchtbare Erwachen. Man sieht, Italien und Rumänien werden zum mindesten neutral abseits stehen, England aber wird als starrer Gegner zu rechnen sein. Die Lokalisation des Streits ist unmöglich. Anstatt seinem Bundesgenossen mit raschem Griff die Lunte aus der Hand zu reißen und ihm zu erklären: „Du nimmst Englands oder Sasanows Vorstoß an, oder wir machen nicht mehr mit“, räumt der „Zivilisierter“ das Feld und legt sich dem Willen des Generalsstabs, dessen politische Einsicht im umgekehrten Quadrat zu seiner Kampfbegier steht. Dieser bringt es fertig, nicht gleichfalls, wie die anderen, nur zu mobilisieren, sondern sofort den Krieg zu erklären mit Begründungen, die erfunden oder erflogen sind.

Erstarrt man nicht jene ca. 9 Stunden nach erfolgter Kriegserklärung an Rußland mit „Willy“ unterzeichnete Depesche an „Niki“, in der Wilhelm II. drohet: „Ich muß auf das ernste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deine Truppen den Befehl gibst, unter keinen Umständen auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu begehen.“ Sie zeigt, daß ein Hochpath auf dem deutschen Thron saß, der samt seinen Ratgebern zum gänzlichen Verstand verloren hatte.

Frankreichs unmittelbare Unschuld am Kriege geht für jeden unvoreingenommenen Forscher, der es nicht schon wußte, klar hervor. Um Grenzverletzungen zu vermeiden, hatte es sogar seine Truppen 10 Kilometer von der deutschen Grenze zurückgezogen. Alle Nachrichten von Grenzüber-tretungen, Plügerangriffen, Lunnestörungen, Brunnenergüssen usw. sind Lügen oder Hirngespinnste. Keine französische Regierung, selbst eine sozialistische mit Jaures an der Spitze nicht, hätte in die Ueberfahrungen der Festungen Loos und Verdun als Neutralitätslande einwilligen können.

Mit Zug und Trug wurde dann Belgiens Neutralitäts-Verletzung schon am 8. Juli, sechs Tage vor der ersten Kriegserklärung, vom deutschen Generalstab eingeleitet. Fest rechnete man auf Belgiens Gefügigkeit. Doch wie die politische Zeitung sah in Italien, Rumänien und England ja auch in Rußland und Frankreich geirrt hatte, so irrte sich die militärische in Belgien. Das kleine Land behielt die schimpfliche Zustimmung des Durchzuges ab und leistete Widerstand. Damit erzwungene es Frankreich, Zeit zu gewinnen und den Sieg an der Marne davonzutragen, der im wesentlichen schon das Kriegsende bestimmte.

Mit trefflichen Worten schließt Kautsky das 19. Kapitel: „Mit Lüge und Verleumdung wurde der Krieg im Anfang Juli eingeleitet, mit Lüge und Verleumdung wurde er in den ersten Augusttagen beendet. Schlimmer war die unermessliche Anmaßung der Einleitung. Auch diesmal erweist es sich als der Mensch der hohen Tat, daß sie fortgesetzt immer Böses gebären mußte. Regierung und Heeresleitung wurden die Lüge nicht mehr los, der sie sich einmal ergeben hatten, und sie mußten das Abgesandte immer höher aufblähen bis es am 9. November 1918 tragend zusammenbrach.“

Jeder Sozialdemokrat und jeder christliche Mann, der sich ein Urteil über Deutschlands Schuld am Weltkrieg erlauben will, hat die Pflicht, das Kautskysche Büchlein zu lesen. Er kann zu keinem anderen Schluß als zu einem unbedingten Verhängnisurteil über das alte Regime kommen. Der nach der Zeit noch Anhänger der Erbmonarchie bleibt, der ist und bleibt ein intellektuelles und psychologisches Rätsel.

Immer neue Enthüllungen!

Wie ein Spektakelmann um meinet, streift Kautsky's „Schande über“ die Veröffentlichung der Briefe Kaiser Karls aus dem Jahre 1917. Daß das französische Geheim-Kriegsamt nicht nur Briefe des Kaisers Karl, sondern auch solche des Königs von Bayern und des Herzogs von Braunschweig, aber auch über den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz enthalte, deren Veröffentlichung in absehbarer Zeit nicht ausgeschlossen erscheine. Sie rechtfertigen nur die Clemenceau'sche Auffassung, daß Deutschland und seine Verbündeten schon im Jahre 1913 politisch und militärisch verloren waren.

Für die alldeutschen Hurrapatrioten und Monarchisten wird es aber besonders reizvoll sein zu erfahren, daß auch im Kriege „unser Herr'n und Beschützer“ sich solche Extrawerkschreier. Kaiser Karl soll übrigens die Veröffentlichung der Briefe, die seine Treulosigkeit gegen Wilhelm be-lunden, selbst veranlaßt haben, um bei der Entente Stimmung für die Wiedereinklung der Habsburger in Ungarn zu machen. Allerdings ist das Vorgehen der Herren von Gottes Gnaden vom „Geschäftstandpunkt“ aus durchaus verständlich. Wie manche Kullenschleier an der Börse gleichzeitlich „hauffe und hauffe“ spielen, so daß ihnen ein Gewinn zufließen muß, ob die Papierchen steigen oder fallen, so scheinen hier die Könige und Fürsten den Abschluß von Rückversicherungsverträgen angestrebt zu haben, die ihr „Geschäft“ auf alle Fälle sicher stellen sollten.

Schon im Jahre 1870 hatte der Großherzog von Hessen einen Rückversicherungsantrag mit Napoleon in petto, so daß er schwankte, ob er es nicht vorziehen sollte, lieber auf das Massenaufkürnen der Herren von Gottes Gnaden zu bauen. Im Jahre 1915 hielt König Ludwig von Bayern noch seine americanistische Rede, in der er „eine deutsche Rhein-mündung“ verlangte, weil er in der Geographie so schwach war, daß er glaubte, der Rhein münde in Belgien. Viel-leicht glaubte der König mit der durch Arterienverkalkung gemilderten Treulosigkeit sich um so lärmender im Sinne der Alldeutschen äußern zu müssen, um seine geheimen Ver-handlungen mit dem Feinde um so besser zu verwickeln.

Der Reichsanwalt wird den Mitteilungen des „Freien Mannes“ nachzugehen haben. Nach § 89 des Strafgesetzbuches wird wegen Landesverrat mit Fuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft, ein Deutscher, der vorsätzlich während eines neuen des deut-schen Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Beistand leistet.

Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz ist inzwischen gestorben, aber Ludwiga und der englische Prinz, der Herzog von Braunschweig, Wilhelms des Letzten Schmiecerlöhn. Kö-nnen noch gefaßt werden. Dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung erwächst hier ein umfangreiches Ar-beitsfeld.

Keine Fürsten oder Kaiser.

Aus einem weiteren der von der „Vossischen Zeitung“ veröffentlichten Kaiserbriefe erfährt man die Gründe für das anmaßliche Wirbels zwischen Wilhelm und Nikolaus. Es sollte sich vor allem gegen England richten. Das Bündnis sollte aber auch die Einberufung eines Friedenskongresses zur Beendigung des russisch-japanischen Krieges verhindern. Von den „demokratischen Sozialisten und Freimaurern Des-casse, Combes u. Co.“ erwartete Wilhelm, daß sie England davon abhalten würden, in einen Krieg zur Unterstützung Japans einzutreten. Der Narr auf dem Throne abt dann seinem Freunde den Rat, mit dem Säbel zu raseln, um England in Schach zu halten. Er sagt darüber:

Schließlich würde ein ausgezeichnetes Mittel, die eng-lische Anmaßung und Ueberheblichkeit abzumildern, eine militärische Demonstration an der persisch-afghanischen Grenze sein, wohin Du, wie die Briten annehmen, während des Krieges Truppen zu senden, nicht die Macht hast. Selbst wenn die Dir zur Verfügung stehenden Truppen nicht zu einem wirklichen Angriff auf Indien genügen sollten, werden sie für Persien — das keine Armee hat — ausreichen, und ein Druck an der indischen Grenze von Persien aus wird in England Wunder wirken und einen auffallend beruhigenden Einfluß auf die beherrschenden Jimpos in London haben. Denn ich weiß und bin darüber unterrichtet, daß dies das Einzige ist, was sie fürchten, und daß die Angst vor Deinem Einbringen nach Indien von Turkestan aus und nach Afgha-nistan von Persien aus die wirkliche und einzige Ursache ist, warum die Kanonen von Gibraltar und der britischen Flotte vor drei Wochen geschwiegen haben! Die indische Grenze vor Afghanistan sind die einzigen Teile der Erdoberfläche, wo die gesamte britische Flotte für England unwirksam ist, und wo deren Besätze gegen die der Eindringlinge machtlos sind. Indiens Verlust ist der Todesstoß für Großbritannien!

Ein Brief vom 7. Dezember 1904 beschäftigt sich mit dem Zwischenfall in der Nordsee. Ein nach Ostafien ge-landenes russisches Geschwader hatte englische Fischerboote bei hall beharrlich, weil es sie für japanische Torpedoboote hielt. Deutschland wurde nun von England des Bruches der Neu-tralität beschuldigt, weil deutsche Unternehmer das russische Geschwader mit Kohlen versorgt hatten. Es heißt in dem Briefe:

Es liegt mir fern, Dich mit Deiner Antwort auf meine letzten Bemerkungen über Deinen Vorschlag in bezug auf unsere Verteidigungsanträge zu drängen. Aber Du wirst Dir, dessen ich ich sicher, völlig klar sein über die Tatsache, daß ich jetzt absolut positive Garantien von Dir haben muß, ob Du beabsichtigst, mich ohne Hilfe zu lassen oder nicht, falls England und Japan mir infolge der Kohlenlieferung der russischen Flotte durch Deutschland den Krieg erklären sollten. Solltest Du nicht imstande sein, mir dafür zu ga-rantieren, daß Du in einem solchen Kriege kein Schuß an Schiffe mit mir kämpfen wirst, dann bin ich leider in die Notwendigkeit ver-setzt, den deutschen Dampfern sofort zu verbieten, Deine Flotte fernschin mit Kohle zu versorgen.

Ein weiterer von der „Vossischen Zeitung“ veröffent-lichter Brief bezeichnet den Abschluß der Verhandlungen zwi-schen den beiden Mächten über das Bündnisabkommen. Der wesentliche Teil daraus lautet:

Keine Meinung über den Vertrag ist noch dieselbe; es ist unmöglich, Frankreich in unser Vertrauen zu ziehen, bevor wir zu einer definitiven Regelung gekommen sind. Doubet und Delcasse sind zweifellos erfahrene Staatsmänner, aber da sie keine Fürsten oder Kaiser sind, bin ich nicht in der Lage, sie — in einer Vertrauensfrage wie dieser — auf denselben Fuß zu stellen wie Dich, meinesgleichen, meinen Vater und Freund.

Solltest Du es daher für geboten halten, die französische Regierung mit unseren Verhandlungen bekannt zu machen, bevor wir zu definitiver Uebereinkunft gelangt sind, so be-trachte ich es für alle in Frage kommenden Parteien als besser, in unserer letzten Haltung gegenwärtiger Unschär-fen und unvollständiger Regelung unserer beiden schließ-lichen Ziele, sowie es die Verhandlungen zwischen uns ver-trouen fest darauf und glaube, daß die Hoffnungen, ein-

ander nähren zu können, sich nicht nur während des Krieges erfüllen werden, sondern auch nachher, während der Friede-nenverhandlungen, denn unsere Interessen im fernem Osten sind in mehr als einer Hinsicht identisch.

Wiso mit den französischen Staatsmännern konnte Wil-helm nicht auf gleichem Fuße verkehren, weil sie keine Fürsten oder Kaiser waren. Wenn nichts anderes, so kennzeichnet diese Aeußerung die ganze Verbohrtheit und Sinnlosigkeit seiner Politik.

Was Willy Nr. 1 verschenkte.

Aus den Kaiserbriefen an Nikolaus gibt die „Vossische Zeitung“ zur persönlichen Kennzeichnung Wilhelm des Letzten folgendes wieder:

Berlin, 14. Januar 1903.

Stebster Niki!

Diese Zeilen werden Dir von meinem Sohne gebracht. Meine Schwestern nennen ihn gewöhnlich „Willy Nr. 2“ oder den „kleinen Willy“, um ihn vom Vater zu unter-scheiden. Außer diesem Brief bringt er noch eine Anzahl Weihnachtsgeschenke für Dich, die ich nicht früher senden konnte.

Erstens ein großes Möbel unserer neuen (2.) Klasse von Schlachtschiffen, das Du, wie Du in Reval sagtest, gern haben möchtest. Schimmelmann kann es Dir jederzeit er-klären.

Zweitens ein Aquarell, das eine Geschichte der Formen und Farben aller unserer Regimentsabzeichen und Fahnen darstellt von der Zeit des Großen Kurfürsten bis 1806, die zweite bis 1900.

Drittens sämtliche zu Deinem neuen Kürassierregiment gehörenden Uniformstücke, Wappen, Kürasch und Gehänge, die Dir hoffentlich passen werden. Ich habe sie meinem alten Kammerdiener anvertraut, den Du in Reval ge-sehen hast, „Vater“ Schulz. Er wird Deinen Leibdiener instruieren, wie die verschiedenen Stücke anzulegen sind.

Viertens einige Broschüren und Zeitschriften, von denen ich dachte, daß sie Dich in Deinen Musestunden viel-leicht interessieren könnten.

Bezüglich der Armeefarben habe ich eine Bitte an Dich: Auf der ersten kurfürstlichen Tafel sind die ersten Fahnen des Leibregiments des ersten Königs, wie sie nach seiner Krönung als Friedrich I. verstanden wurden, blau mit gol-denen Flammen, Kronen und Adlern, und weiß mit schwarzen Adlern und goldenen Kronen. (1) Diese Fahnen sind in unserm Arsenal bis zum Siebenjährigen Kriege aufbewahrt worden, dann wurden sie von den russischen Truppen, die damals Berlin besetzten, mit vielen anderen Dingen aus dem Arsenal weggetragen. Wir sind nun dabei, mit großer Sorgfalt und Mühe die Geschichte un-serer Fahnen wieder aufzuschreiben, und ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du freundschaftlich erlauben würdest, daß sie in Aquarell oder Del kopiert werden, damit wir eine authentische Vorlage von ihnen haben, wie sie in Peters-burg sind.

In der Hoffnung, daß alles gut ankommt, und indem ich meinen Sohn um das Veranügen, Dich zu sehen, be-neide, bleibe ich stets Dein Dich liebender Freund und Vater Willy Nr. 1.

Wie ein sechsjähriger Junge mit seinen Fähnchen und Säbeln, so spielt Willy mit dem bunten Affentram der Uni-formen und schenkt Kürasch und Gehänge — Trommeln, Pfeifen und Gewehr zu Weihnachten. Aber nicht an Kinder, sondern an alte Efel.

Eine echt „treudeutsche“ Gesinnung

legt das folgende Inserat an den Tag, das im antisemitischen „Hammer“ veröffentlicht wird:

„Welcher wahrhaft edle Deutsche stiftet einem elternlosen, in großer Not befindlichen, treudeutsch-gesinnten Stud. der ev. Theol., Wilmh. B., 4 Jahre im Felde, zur Fortführung des Studiums seine Be-trags-gens a b g a b e ganz oder zum Teil, die doch nur dem jüd. Ententegroßkapital zufließt? Ange-bote unter . . .“

Wiso hier verlangt ein „Treudeutschgestrueter“, daß ein gleichgestimmter alldeutscher Kriegsgewinnler zu seinem Gunsten die Steuerabgabe aus einem Kriegsgewinn ver-schiebt. Den übrigen Steuerzahlern wird angefohlen, die Forderungen des „jüdischen“ Ententegroßkapitals zu be-friedigen, die durch die alldeutsche Kriegsbeute verschuldet worden sind. Es geht doch nichts über die alldeutsch-deutsch-völkisch-antisemitische Gesinnungstüchtigkeit!

Kleine politische Nachrichten.

Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Essen (Ruhr), 15. Jan. (B. L. B.) Sämtliche Schach-anlagen der Zechen „Friedrich Thyssen“, „Diegard“ und „Neumühle“ befinden sich seit gestern mittag im Ausstand. Die Streikenden fordern Erhöhung der Löhne, Beschaffung beihilfe von 1000 Mark, sowie Einführung der sechsständigen Schicht, anderweitige Regelung des Betriebsrätigesetzes, Aufhebung des Belagerungszustandes und Freilassung der poli-tischen Gefangenen.

Rücktritt des Reichsfinanzministers Rayer.

Der Reichsfinanzminister Rayer reichte laut „S.“ in-folge des Austritts der bayerischen Volkspartei aus der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung sein Resignation ein.

Auer genehen.

München, 12. Jan. Minister Auer, der im Februar v. Js. durch ein Attentat im bayerischen Parlament schwer ver-letzt wurde, ist soweit wieder hergestellt, daß er morgen die Klinik verläßt.

Heimkehr aus Japan.

Berlin, 12. Jan. Der dritte Heimkehrungstransport deutscher Kriegsgefangener hat Japan am 5. Januar an dem Dampfer Himalaya verlassen. An Bord befinden sich 22 Offiziere, 26 Vortruppen-Unteroffiziere und 908 Unter-offiziere und Mannschaften, zusammen 956 Mann, wozu der größte Teil aus dem Lager Kurume, die übrigen aus dem Lager Nagaya stammen. Der Transport, dessen Führer Hauptmann Doehle ist, wird Shanghai, Singapur, Hongkong und Port Said anlaufen.

Der Sozialismus und Polen.

In der Thorer „Volksstimme“ schreibt ein polnischer Genosse:

Im „Kurjer Poznansti“, dem führenden Organ der polnischen Nationaldemokratie in Polen, lesen wir unter der Ueberschrift: „Der sozialistische Feind“ einen Artikel des gleichgestimmten Posener Blattes „Dredownik“, mit dem wir unsere Leser betraumen machen wollen, da er ein schätzwolles Bild von der Beurteilung unserer politischen Ueberzeugungen und der Vorbereitung und Zukunft des Sozialismus in Polen entwirft, was mit Rücksicht auf die zu erwartende Besetzung unseres Gebietes durch die Polen besonderes Interesse verdient.

Wie nicht anders zu erwarten, ist der betreffende Artikel eine unzweideutige Kampfansage an den Sozialismus und das gewerkschaftlich organisierte Proletariat seitens der polnischen nationaldemokratischen Kreise, die zurzeit in Polen die Oberhand haben. Daß sie sich jedoch nicht sicher in ihrer beherrschenden Stellung fühlen, geht gleich aus den Anfangsworten des Artikels klar und unüberleglich hervor. Sie fürchten die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, der auch in Polen festen Boden besitzt und ihn stetig vergrößert. Es heißt dort wörtlich in deutscher Uebersetzung:

„Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß die großpolnische Gemeinschaft und besonders die nationalen Arbeiterkreise mit der sozialistischen Invasion, die zu uns von zwei Seiten eindringt, einen Entscheidungskampf werden ausfechten müssen: Aus dem Osten von dem vom Sozialismus „angefesteten“ sog. Königreich (gemeint sind die Industriezentren) und aus dem Westen von Seiten Deutschlands. Diesen letzteren Sozialismus kennen wir lange. Unser Arbeiter begegnete ihm Auge in Auge in Westfalen, Rheinland und Oberschlesien. Unser nationale Arbeiterverband hat mit den deutschen Gewerkschaften gekämpft und sie schließlich besiegt, (!) weil er sich auf die nationale Empfindung des polnischen Arbeiters berufen konnte, dem der deutschschwächende sozialistische Agitator fremd und feindlich gegenüberstand. Uebrigens enthielt der deutsche Sozialismus öfter unter der internationalen Maske sein germanisierendes Gesicht, sodaß auch der einfachste Mann, in dem ein polnisches Herz schlug, verstand, daß sich dort unter der wohlklingenden Parole der Arbeitsbrüderschaft und anderer schöner Phrasen der schlimmste Feind verbirgt, der auf unsere völkische Eigenart Anschläge plant. So fanden sich viele, vom Auswurf des Potentatus, die die polnische Sache verraten haben und in die sozialdemokratischen Reihen gegangen sind.“

Man sieht, die polnischen Bürgerlichen arbeiten mit denselben Mitteln der Verdrehung und nationalen Verbeugung wie ehemals unsere Kreise vor dem Umsturz, die den Nationalismus in Erbpacht genommen haben wollten, tatsächlich aber nur darauf ausgingen, ihre Privilegien zu sichern, ihre Taschen zu füllen und mit dieser kurzfristigen Politik schließlich doch ein so klägliches Fiasko erlitten haben. Die Nationalisten in Polen haben es zwar fertig gebracht, eine aus freidenkenden Arbeiterkreisen bestehende Regierung wie die nach der Geburtsstunde des polnischen Staates von gallischen Sozialisten beabsichtigte abzulehnen, obwohl auch der pol-

nische Staat erst durch die deutsche Revolution in den Sattel gesetzt wurde. Es konnte nicht ausbleiben, daß der Geist des Umsturzes, der mehr oder minder sich sogar in den Entente-ländern bemerkbar machte, auch in die polnischen Massen drang und dort die erste größere Aufklärungswelle hervorrief, die trotz des nationaldemokratischen Widerstands vorwärts schritt und sowohl aus dem deutschen Westen wie auch aus dem russischen Osten, wie auch aus dem Innern zum Anschwellen gebracht wird. Der Artikelschreiber sieht sich gezwungen, mitzutheilen, daß es besonders in den Industriezentren Warschau, Lodz, Czestochau eine starke gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gibt, trotzdem spricht er in dessen einmündigen von einer sozialistischen Invasion. Natürlich erfährt der polnische Sozialismus eine ebenbürtige vernichtende Beurteilung, wie wir das früher bei unseren monarchistisch-junkerlichen Kreisen in Deutschland gewohnt gewesen sind. Er habe im Grunde genommen mit dem Potentat nichts gemein, da er deutsch-jüdisches Fabrikat sei, weil seine Parole ebenfalls lautet: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch. Auf Grund dessen folgert er sonderbarerweise, daß der Sozialismus aller Länder lediglich mittelbar oder unmittelbar den deutschen Interessen diene. Beweis: Die Sozialisten der neutralen, ja sogar der Ententeländer seien dafür eingetreten, daß Deutschland kein zu großer Schaden zugefügt wird. Zu solchen lahmhaften Gedankenschlüssen läßt man sich nur verleiten, um gleichgültig auf welche Weise, darzutun, daß der Sozialismus antinational ist. Es kommt auch nicht darauf an, die Toleranz anderer Volksgenossen mit nichtkatholischem Bekenntnis ins Gesicht zu schlagen, und es ist ein trauriges Zeichen unliberaler Denkungsart und noch nicht zeitgemäßer geistiger Kultur, daß derartige Artikelschreiber eine andere Richtung nur als jüdischen Ursprungs zu bezeichnen brauchen, um sie zu brandmarken und als mit dem nationalen Gewissen unvereinbar zu erklären.

Sie dürfen es nicht wagen, wenn sie sich nicht in der Beziehung auf Volksinstinkte stützen könnten, die in religiösen Empfindungen ihren Ursprung haben und mit dem Glauben an die allein selig machende katholische Kirche zusammenhängen, in welchem Dogma allein schon theoretisch eine Unzulässigkeit anderer Bekenntnisse enthalten ist.

Noch können es sich die nationaldemokratischen Kreise leisten, die sozialistisch denkenden Proletariatschichten durch solche Rührchen zu diskreditieren, denn noch blüht der Weizen den Unpolonisten, die die Angliederung solcher Gebietsstücke an Polen erstreben, die eine vorwiegend nichtpolnisch sprechende Bevölkerung aufweisen, aber es wird und muß auch in Polen die Zeit kommen, da die Vernunft die Oberhand erhält und die Anwendung so konventioneller und unlogischer Methoden und Bestrebungen zur Unmöglichkeit gemacht wird. Diese Entwicklung wird parallel mit der Zunahme des sozialistischen Einflusses gehen, der schon durch die Angliederung deutscher Gebietsstücke eine bedeutende Störung erfährt.

Dieser Vorgang ist schon jetzt in Polen zu beobachten an dem neuen Kurs, den das Organ der nationalen Arbeitervereine in Polen, die „Pravda“, einschlägt, und den das Zentralorgan der sog. Nationaldemokratie in Polen, den „Dredownik“, gewaltig verschmüpft. Dieses Blatt schreibt: Wir nehmen nicht an, daß die Redaktion der „Pravda“ tat-

sächlich für den Sozialismus arbeite, aber es versucht, überall bei uns einzudringen. Aber nach Durchsicht der Nummern der „Pravda“ muß man zu dem Ergebnis kommen, daß die Sozialisten sich keine bessere Vorbereitung für ihre giftige Saat wünschen können, wie es die „Pravda“ tut, die in die Reihen ihrer Leser, fern und fern, Gier und Erbitterung trägt. Aber vielleicht das Blatt anders über die sozialistische Gefahr, vielleicht betrachtet es die Sozialisten nicht als Feinde, was man bestimmt annehmen kann beim Lesen der leeren und abgedroschenen Phrasen, die die „Pravda“ den verschiedenen Massen sozialistisch-jüdischen Herkommens nachbetet. Es versteht sich, daß es den Herren von rechts in Polen und Polen nicht paßt, wenn ein Arbeiterblatt das soziale Bewußtsein der polnischen Proletariat wachrüttelt und sie zum Kampf aufruft gegen die allmächtige nationaldemokratische Partei, die vorwiegend den polnischen Adel und die Geldaristokratie wie ihre Nachtreter in Stadt und Land umfaßt, und die in ihrem Namen das Wort demokratisch nur ebenso wegen des Zeitgeschmacks und der beabsichtigten Wirkung auf die Massen führt, wie unsere deutschnationale Volkspartei und die sog. deutsche Partei, die vorwiegend agrarischen und kapitalistischen Interessen dienen und für ihre Zwecke ein blendendes Aushängeschild gebrauchen.

Auch die hiesige „Gazeta Torunsta“, die sich noch chauvinistischer und frömmelnder als manches angesehen polnische Blatt derselben Richtung gebärdet, brachte vor einigen Tagen den besprochenen Artikel des „Dredownik“. Die darin gegen die sogenannte nationale Arbeiter-Vereinigung erhobenen Vorwürfe, als ob sie ihre „nationalen“ Pflichten gegenüber der „sozialistischen Gefahr“ veräußert hätte, will der betr. westpreussische Bezirksverband nicht auf sich sitzen lassen, und die „Gazeta Torunsta“ gewährt einer diesbezüglichen längeren Erwiderung Raum, für die ein gewisser Kamrowski zeichnet. Darin wird ausgeführt, daß die N. S. P. sich als ein Schutzwall gegen den hiesigen Sozialismus erwiesen habe und daß es nur ihren Bemühungen zu danken sei, wenn die Vorbereitungen des polnischen Genossen Sokolowski aus Thorn in Thorn, selbst Briesen, Culm, Graudenz usw. nicht den von diesem erstrebten Erfolg gezeitigt und der Ausbreitung des Sozialismus in den betr. Kreisen Einhalt geboten sei. Der Artikel schließt mit einem unerschütterlichen Gelöbnis der Dankbarkeit zu dem „gerechten Gott“, der endlich der Polen Bitte um Erlösung des geliebten Vaterlandes aus Schmach und Knechtschaft Gehör gegeben hat.

Nach solcher Auslassung, die ein kennzeichnendes Bild von der bei den Polen üblichen Herabwürdigung von Religion und Politik gibt, müßte man allerdings zu der Ueberzeugung kommen, daß die Verhinderung des polnischen Proletariat zur Klassenbewußten Arbeit zurechtzubringen vor ihrer niederbrückenden sozialen Abhängigkeit zu erreichen, noch verfrüht sind, und wir können die mühselige Arbeit des polnischen Genossen Sokolowski nur beneiden. Vielleicht, wenn die polnischen Arbeiter sich erstmalig von den nationalen Bindeln erlöst haben, wird an ihre Befreiung aus sozialer Abhängigkeit zu denken sein.

Der Schandfleck.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Anzengruber

(Fortsetzung.)

IV.

Auf dem Reindorfhofe wuchs die kleine Magdalena heran. Seit dieses Kind Maring und Pflege heilichte, meinte der Bauer für die anderen ein Uebriges tun zu müssen, er war gegen die Fehler derselben nicht mehr so streng, sah ihnen manche Nachlässigkeit nach, gestattete ihnen mehr Freiheit, ja, er bereitete ihnen wohl auch manchmal eine kleine Freude, griff in seine Tasche und gab der Diene auf Bänder und Tücher, dem Burtschen auf Bier und Labak, so wie für manche Kirchweih die Musikantengeldchen.

Warum sollte er ihnen das Leben schwer machen? Etwas mußten sie doch vor dem anderen Kinde voraus haben, meinte er, das war nur recht und billig.

Der junge Leopold Reindorf und seine Schwester Elisabeth waren höchlich zufrieden und auch sie schrieben das geänderte Verhalten des Vaters gegen sie dem Kinde zu.

„Weil das Kleine einmal da ist“, sagte der Leopold, „so hat es auch sein Gutes, seit der Vater so ein unruhig Maul auf dem Hof hat, sieht er doch mehr auf die, die ihr Essen auch verdienen.“

Elisabeth fühlte sogar zu der unschuldigen Ursache dieser Veränderung der Verhältnisse einige Reue und nahm sich die und da der kleinen Schwester an. Sie war die einzige, die sich etwas mit dem Kinde abgab. Auch sie, nicht die Mutter war es, welche das Kind den Bauer als „Vater“ ansprechen lehrte.

Wie viele Zeit verging bis dahin? Für kleine Leute bleibt die Welt immer auf einem Fleck stehen. Sie merken nicht, daß sich in ihr etwas ändert, weil sie ja auch nicht verspüren, wie sie sich selbst ändern. Welche Zeit? Fragt das die Kinder, die sich dort spielend in der Sonne tummeln.

Es war ein kleiner Junge mit großen braunen Augen, aus denen sie ihn fast das Haar berührte, das in dunklen schwarzen Ringeln ihm über die Stirne fiel, ein Hund und ein Böschchen, mit einem Träger querüber festgehalten, bildete seine ganze Bekleidung, eben so barfuß wie er war keine Bespielin, sie nur über ein großes Hemdchen einen für ihre kleine Person etwas zu langen Rock trug und unter blondem wirren Haar auch mit braunen Augen in die Welt lugte.

Der Kleine stand mit gespreizten Beinen, die Hände in den Hosentaschen, vor dem Mädchen und fragte: „Wer bist denn du?“

„Ich bin die Geni“, sagte das Kind und sah verwundert auf den Knaben, der nicht einmal wußte, wer sie war, sie hielt ihn gewiß für einen recht dummen Waben. „Wer bist denn du?“

„Ich bin der Müllers Florian, vom Wasser-Graben, weißt du?“ sagte er. Er bewies männliche Ueberlegenheit genug, sich über die Antwidlung des Mädchens gar nicht zu verwundern.

Die Kleine nickte. Sie wachte zwar nicht, was eine Müllin sei, doch wohnte zu der Wasser-Graben Lage, aber sie war mit der Auskunft doch zufrieden.

„Du“, sagte der Knabe, „siehst du, Vogel gerne?“

„Es freilich“, sagte das Mädchen, „hast du einen bei dir?“

Der kleine Florian lachte, zog die Hände aus den Taschen und miß sie leer vor. „Dort oben da sind dir so viele. Komm mit!“ Er nahm sie an der Hand.

Die beiden gingen ein Stück Weges, da stand ein großer Busch und darunter war eine Wasserlache noch vom letzten Regen, jetzt halb eingetrocknet, in der seichten Erde mochten sich Gewürm und Larven angesiedelt haben, die Vögel schossen ab und zu und plätschten in den Schlamme. Es war ein lustiges Treiben.

Eine Goldammer gefiel den Kindern gar zu gut, und als etliche Rotschwänzchen im Rote herumtanzten, als wollten sie ihre Beine nicht gar zu sehr beschwingen, da brachen die Kleinen in hellen Jubel aus und häßten mit steifen Beinen herum, wie sie es vor den Tieren gesehen hatten.

Die Folge war, daß diese sich beleidigt zurückzogen und selbst dann wegblieben, als Geni und Florian ganz ernst versicherten: sie wollten es nicht wieder tun — und sie müßten doch nicht so dumm sein und sich nicht wieder sehen lassen.

Sie warteten eine ganze Weile, aber vergebens.

Der Knabe zuckte mißlautig die Achsel. „Das hast du gemacht“, sagte er zu der Kleinen, „du hast sie nachgeschpottet.“

„Sie kommen schon wieder“, lachte Geni.

„Geni antwort“, sagte Müllers Florian, „Ich geh heim.“

„Ich geh mit dir“, rief das Mädchen. „Ist es weit bis zu dir hin?“

„O freilich, ich weiß nicht, ob du es mit gehen kannst; aber komm nur mit, ich trag dich schon, wenn du müde wirst.“

Das Mädchen überlegte.

„Ich zeig dir unsere Garten“, versprach der Knabe.

„O, da haben wir einen Garten?“

„Hast du schon einen?“

„Nein, wie steht die?“

„Weißt, wo man das Wasser nimmt? Die gehört uns.“

Die zeig ich dir.“

Wer, der noch nie eine Müllin gesehen hat, müde, eine solche nicht sehen? Die Kleine überlegte, und das Mädchen trat nunmehr neben dem Knaben her, auf der langen Straße, die sie perpend, daß sie sich gar nicht zu halten mußte, und die sie mit lauchten. Was das war, eine Müllin, wo man das Wasser nimmt.

Sie waren schon ziemlich weit gegangen, das Mädchen trat an müde und ängstlich zu werden, es hörte nicht mehr auf dem kleinen Begleiter, der fortwährend versicherte, gleich müßten sie dort sein; er tat dies auch zu seiner eigenen Verhütung. — So lang wie heute war doch der Weg noch nie gewesen. Beide Kinder kamen in die gleiche Stimmung. Jedes fühlte sich in weit mehr denn sonst und so allein, alles war so stille, niemand zu hören noch zu sehen, höchstens ein Vogel flatterte vom Geäst auf den Weg nieder, aber auf diese hatten sie schon lange nicht mehr acht. Sie wa-

redeten es, einander anzusehen, denn das Weinen war jedem nahe, und wenn das eines an dem anderen bemerkt hätte, dann wäre den laute Jammer kaumwendbar gewesen.

Aber da hörten sie plötzlich ein helles Klappern im Raschen, der Knabe tat vor Freude einen Jauchzer, sagte die Kleine Geni bei der Hand, und sie rannten um eine Ecke, da rauschte und klapperte es noch stärker, und dort unten am Wege das Haus mit dem großen Rade dazwischen, das war die Müllin, das Raschen kam aber vom Wasser, und klapperte sie das Rad, so sagte wenigstens der Florian.

Sie standen über dem Fahrweg auf einem kleinen Hüfzige, diesen mußten sie verlassen und den auf der andern Seite drüber einschlagen.

„Jetzt komm, jetzt trag ich dich schon bis hin“, rief frohlich herumspüßend der Knabe, er schäufte der Kleinen Geni ein, daß sie recht fest an seinem Halbe anzuhalten, sagte sie an den Händen und versuchte sie aufzuheben, aber das ging nicht an, und sie lachte, weil sie so schwer war; da ließ sie der Florian vorerst los, und mit erstem Gesicht sprudelte er in seine Hände, wie er es von Großen hatte tun sehen, dann packte er aber an, mit einem Knick hob er sie empor, und — beide kollerten über das hohe Gras hinunter auf den Fahrweg, da rangen sie sich voneinander los, da saßen sie und saßen einander an und lachten und der Knabe sprang auf und her und das Mädchen hinter ihm her der Müllin zu.

Als sie nahe bei dem Knaben Geni wohl das Rad, wie das gar so groß war, aber da war nur ein Rad, kein Rad, kein Rad. „Das ist drinnen in der Müllin“, sagte der Florian. „Komm mit!“

In einem Battengann war ein kleiner Einlaß, Florian hob das Querholz geschickt aus und schob das Räder nach einwärts, die Räder trafen in den Hof, ein großer Hund sprang auf sie zu und aufsprang den Knaben; da er aber gegen das Mädchen bellte, so bekam er einen Ruff, dem Schlege der Kleinen Hand konnte es aber bei jenem gottigen Gelle keine feindlichen Absichten unterlegen, und so nahm er als verständiger Tier derselben als eine bedingende Mahnung auf, sein Betragen gegen die kleine Dame zu ändern; er wachte daher seine Pflichten zu deren Füßen hin, lagte den Kopf hinan und bemerzte auf dem aufrechtgehaltenen Hinterleibe neben dem Rade was bei deren erhabenem Standpunkte sich sehr feindselig bemerkbar hätte; der Hund nur seiner inneren Ueberzeugung über den Wert der Umgangskunden einigen Zwang angedauert und nicht dabei gegähnt, aber es tat er.

An der Schwelle der Müllin, durch die man auch hier unmittelbar vom Hofe in das Haus gelangte, erhoben sich eine große, flache Frau. Es war die Müllerin, der „Gärtling Florian“ setzen es für unerschaffen gehalten zu haben, ein Mädchen, gewöhnlich als „Müllin“ bezeichnet, zu bezeichnen, was auch er es tat, und auf die Müllerin angedeutet, denn kein Rad war bei der Müllin und flüchtete ab er.

Hiller über sein Opfer.

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht die Zuschrift eines Mannes aus Altenburg, der die Witzhandlungen Helmhafes durch Hiller mit angesehen hat. Der Betreffende hat aus nächster Nähe die Unterredung mitangehört, die Hiller und der Feldunterarzt Müller am Morgen nach Helmhafes Tode darüber führten, wie die Lobesursache zu vertuschen sei. Darin heißt es:

„Müller hatte ein Blatt Papier vor sich, und beide besprachen die Abfassung des Protokolls. Dabei äußerte Hiller: „Wir müssen vorsichtig sein, damit uns niemand an den Wagen fahren kann“, und Müller besprach die Abfassung: als „Tod durch Erfrieren, Wiederbelebungsversuche durch Abreibung mit Schnee waren erfolglos“. In solchem Gespräch wurde ein fester Schriftsatz gegenständig heraus. Als Fehler seinerseits erkannte Hiller an, daß er ihm, „Helmhate“, nichts zu essen und trinken geben ließ; denn als Arrestant hätte er die ganzen Verpflegungsfälle bekommen müssen. Aus der Unterhaltung hörte ich heraus, daß Hiller sich seines Fehlers bewusst war gegenüber dem Arzt Müller.“

„Hierbei vergleiche man den Brief, den Hiller am nächsten Tage mit eigenhändiger Unterschrift an den Vater des Helmhafes gerichtet hat:

12. Kompanie Garde-Füsilier-Regts.

Dolff, den 4. April 1915.

Werter Herr Helmhaf!

Hierdurch erfülle ich die traurige Pflicht, Sie von dem plötzlichen Ableben Ihres Sohnes, des Gardefüsiliers Karl Helmhate, in Kenntnis zu setzen. Der Arzt stellte blutigen Dünndarmkatarrh fest.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen tüchtigen und guten Kameraden, dessen Verlust wir schmerzlich betrauern. Seine Ueberreste ruhen auf dem Friedhof in Dolff.

gez.: Hiller,

Leutnant und Kompagnieführer.

Am 25. Juli 1915 schrieb Hiller, der inzwischen zum Oberleutnant befördert worden war, weiter an den Vater seines Opfers:

Während seiner kurzen Krankheit ist Ihrem Sohne die bestmögliche körperliche und ärztliche Pflege zuteil geworden.

Wir betrauern in dem Verstorbenen einen tüchtigen Soldaten und guten Kameraden.

gez.: Hiller,

Oberleutnant und Kompagnieführer.

Als der „gute Kamerad“ noch lebte, sagte Hiller bekanntlich: „Das Witzstück verstellt sich nur. Ist er nicht schon freipiert, verleiht ihm einen Tritt.“ Fußtritte gehörten zu der bestmöglichen Pflege, mit der jener deutschnationale Verbrecher den „tüchtigen Soldaten“ (das Witzstück!) ums Leben gebracht hatte.

Selbst der Anklageverteiler, der gegen das unerhörte Urteil des Kriegsgerichts Berufung eingelegt hat, hielt Ehrenhaft für eine ausreichende Strafe, um des Burschen Schandtat zu ahnden. Wenn das Kriegsgericht statt sieben Wochen ein Jahr Bergnützungsaufenthalt angeordnet hätte, wäre auch er befriedigt gewesen. Nach dem Urteile der breiten Massen gehören derartige Rohlinge weder in Festungshaft, noch ins Gefängnis, sondern auf sehr lange Zeit in das Zuchthaus.

Oberst von Horn vor Gericht.

Unter harter Beteiligung, besonders der Kriegsbeschädigten, fand gestern Nachmittag die Verhandlung gegen die verantwortlichen Redakteure des „Freien Volkes“ und der „Volkswacht“, Gebauer und Soops, des Gauleiters Graßmann vom Reichsbunde der Kriegsbeschädigten sowie des Kriegsbeschädigten Smura wegen Verleumdung gegen § 186 R.-Str.-G.-B. usw. vor dem hiesigen Schöffengericht statt.

Die Vergehen wurden erörtert in Artikeln, welche im August bzw. September im „Freien Volk“ und der „Volkswacht“ erschienen und die sich mit der Tätigkeit des Obersten von Horn als Vorstand des Versorgungsamtes Danzig beschäftigten. In ihnen wurde erklärt, daß Oberst von Horn beim Kriegsministerium eine Verfügung erwidert habe, nach der bei den Kriegsbeschädigten der Prämien Westpreußen die Kapitalabfindung geipert wurde, und daß Herr Oberst von Horn ein Mann vom alten reaktionären Militärgeist sei, der wohl für Offiziere viel, aber für Kriegsbeschädigte nicht übrig habe.

In einem anderen Artikel wurde gesagt:

„Es seien Fälle bekannt geworden, wo z. B. die Hauptfürsorgefälle ohne weiteres Unterstellungen gewährt habe, während vorher das Versorgungsamt ohne weiteres die Entzüge abgelehnt habe. Oberst von Horn bestreitet fast in jedem Falle die Bedürftigkeit, wenn ein Einkommen von 300 RM. monatlich vorhanden ist.“

Im Hinblick auf eine Erklärung, die Oberst v. H. in der bürgerlichen Presse veröffentlichte heute und in der von „Frankfurt“ veranlaßten „Quengler“ sowie von „unzufriedenen Elementen“ die Rede war, wurde in einem der inkriminierten Artikel folgende Wendung getrieben:

„Das unzufriedene Element meint eher auf der anderen Seite zu bestehen, die teilweise auf verböte Lieberlichkeit des Verpflegungsamtes, Herrn Oberst von Horn zurückzuführen ist, denn bei Verhandlungen, die das Versorgungsamt mit dem Reichsbund geführt hat, war Herr Oberst von Horn oftmals beratend aufgetreten, daß er nicht inkompetent war, den Leiter des Amtes, der vor ihm stand, zu beraten, um die anderen Beamten, ohne die Oberst von Horn nicht die feinsten Kenntnisse geben kann, heranzuführen. Seine Kenntnis bezieht sich ebenfalls darauf, daß bei den Kriegsbeschädigten angenommen wurde, Oberst v. H. leide an chronischen Jitterkrämpfen. Daß unter diesen Umständen von einer ordnungsmäßigen Erledigung des Geschäftsbetriebes im Versorgungsamt nicht die Rede sein kann, beweisen ja die vielen Beschwerden, die in der sogenannten Rechtsanwaltskammer des 17. R.-L. vorgebracht werden.“

Im dritten Artikel heißt es:

„Die Idee im Bericht über die Verlesung des Reichsbundes erachtet, erachtet der jetzige Leiter des Versorgungsamtes des 17. R.-L. nach eigenen Methoden, jedenfalls aber nicht so, wie es die Art der Kriegsbeschädigten und Angehörigen erheischt, weil ich selbst erfahren habe, bei Personen mit dem von Herrn Oberst von Horn betrauten, nach dem Versorgungsamt in bester Form, zur Verlesung des Reichsbundes, ist z. B. nur einmal, daß

Oberst v. H. mein ausführlich begründetes Gesuch einfach abgelehnt hat. In diesem Gesuch hat Oberst v. H. am Rande des Schriftstückes für die Verlesung des Reichsbundes anführen lassen: „Daß ein Kriegsbeschädigter, der sich ganz unnötige Ausgaben leistet, wenn er noch Zeitungen kauft, Beiträge für Reichsbund und Partei übrig hat, sowie gute Seife zum Waschen eines Säuglings, nicht bedürftig ist.“

„Da ich aber seit kurzem selbst beim Versorgungsamt arbeite, wurde mir eine Beschwerde an den Reichsbund argübel genommen und ich fortan besonders im Auge behalten. Auch bei Verhandlungen wurde ich benachteiligt, und schließlich Verlesung Oberst von Horn, mich zu kündigen, was der Angeklagtenauschluß, der die Sache durchschaute, nicht zuließ. Schließlich konnte ich den bei der Arbeit ausgeübten Druck nicht länger ertragen und verließ in gegenseitigen Einverständnis mit Oberst v. Horn nicht im Wege zu sein. Die Bezeichnung „Frankfurt“ veranlaßte Quengler“ im Eingangsband vom 2. 9. 19 (in den „D. N. N.“ Red.) ist ein bekanntes Mittel der alten Regierung zur Einschüchterung der Herrschaften als Ursache, also mit einem gewissen Vorzug, behandelt werden, während die Sachen der Witwen und Waisen nur in besonders verwickelten Fällen als eilig behandelt werden. Besteht eine Verlesung in diesem Sinne regelmäßig nicht, so handelt Oberst von Horn eigenmächtig zugunsten einer Klasse und jetzt diese Handlungsweise, über welche mehrere Zivilangestellte öfters empört waren, deutlich, daß Oberst von Horn nicht der geeignete Mann ist, der heute an einer so wichtigen Stelle wie das Versorgungsamt stehen sollte.“

Durch diese Artikel fühlte sich Oberst von Horn beleidigt und hatte Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt, welche die öffentliche Anklage gegen die vier beteiligten Genossen erhoben hatte. Gegen einen in beiden genannten Zeitungen erschienenen weiteren Artikel hatte Oberst v. H. schon von vornherein verzichtet, Strafantrag zu stellen.

Der Angeklagte Gebauer erklärte, daß er auf den ausdrücklichem Wunsch des Mitangeklagten Graßmann derselben als den Verfasser aller inkriminierten Artikel bezeichne. Dieser sei bereit, den Wahrheitsbeweis für die in den Artikeln gemachten Angaben anzutreten. Er habe, zumal er selbst Kriegsbeschädigter sei, die berechtigten Interessen der Kriegsbeschädigten vertreten müssen und sich für verpflichtet erachtet, die Zustände einer öffentlichen Kritik zu unterziehen und somit Abhilfe zu schaffen. Angeklagter Soops schloß sich diesen Ausführungen an.

Angekl. Graßmann bekannte sich als alleiniger Verfasser sämtlicher angelegener Artikel. Zu einem Artikel habe ihm der Mitangeklagte Smura nur das Material geliefert, jedoch dieser als Mittäter gar nicht in Betracht zu ziehen sei.

Hierauf wurden die drei inkriminierten Artikel zur Verlesung gebracht, und das Gericht beschloß, eine Beweisführung als nicht nötig zu erachten.

Der Vertreter der Anklage, Rechtsanwalt Böhm, nahm hierauf zu seinem Plädoyer das Wort. Er führte aus: Die Artikel sind nicht frei von beleidigenden Äußerungen. Ich will nur namhaft machen, was unter allen Umständen beleidigend ist. Der Ausdruck, Oberst von Horn wisse von keinem Posten verschwinden, da er für Kriegsbeschädigte nichts übrig habe, sei eine Beschäftigung, die durch nichts beseitigt sei. Der andere Artikel, in dem gesagt wird, daß Oberst v. H. die Bedürftigkeit bei Einkommen schon bei 300 Mark bestreite, sei so verfaßt, daß der fällige Zeitungslieferer annehmen muß, daß schon bei einem Jahreseinkommen von 300 RM. die Bedürftigkeit bestritten werde. (Sachen im Zuhörerraum.) Es ist gelagt, daß Oberst von Horn nicht die leichteste Auskunft ohne die unteren Beamten geben kann. Wahrscheinlich hat er die Auskunft nicht gegeben, um die Beamten nicht zu übergehen. Oberst von Horn habe sich nicht mit Politik abgegeben. Die Angeklagten, die eine bestimmte Parteirichtung vertreten, stellen sich auf den Standpunkt, daß jeder, der einer Partei angehört, reaktionär ist. Daß Offizierskinder nicht als Eiltsachen behandelt werden, sei Oberst von Horn nicht zugutragen. Daß Gebauer und Soops als Täter verantwortlich sind, bedarf keiner Ausführung. Deswegen sind sie nach § 20 des Preßgesetzes zu bestrafen, obwohl die eigentlichen Verfasser Graßmann und Smura sind. Ich beantrage, die Angeklagten sämtlich wegen Verleumdung zu bestrafen. Ich halte Gebauer und Soops als Haupttäter verantwortlich und beantrage für jeden einzelnen Artikel 100 RM., also insgesamt 300 RM., gegen Graßmann hat sich in zwei Fällen der Verleumdung strafbar gemacht. Ich beantrage für jede einzelne Verleumdung 75 RM., also 150 RM. Geldstrafe. Der Angeklagte Smura hat sich nur in einem Falle strafbar gemacht und ist deshalb mit 50 RM. zu bestrafen. Im Unvermeidlichen soll für je 5 RM. 1 Tag Gefängnis eingetrigt werden.

Der Verteidiger sämtlicher vier Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Herrmann, führte folgendes aus: Die Sache liegt wesentlich anders, als wie sie der Vertreter der Anklage angeführt hat. Die fraglichen Artikel sind den Redakteuren fig und fertig eingeleitet. Diese konnten Herrn Graßmann als einen geschäftlichen Mitarbeiter und hatten demnach keine Veranlassung, diese Artikel nicht aufzunehmen. Die Angeklagten Gebauer und Soops sind gemäß § 21 des Preßgesetzes freigesprochen, da der Täter bekannt ist. Die Einmütigkeit der Vertreter der Anklage, daß der Zeitungslieferer annehmen müsse, daß Oberst von Horn schon bei Einkommen von 300 Mark jährlich die Bedürftigkeit bestreite, bedarf wohl keiner Ausführung, das habe schon das Sachverhalte im Zuhörerraum bewiesen. Jahresvermögen von 300 RM. sind heute unüblich. Der Angeklagte Smura habe nur die Unterlegen zu einem Artikel geliefert und sei deswegen ebenfalls straflos. Der Angeklagte Graßmann habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Die hier beanstandeten Artikel seien als Widerlegung der Verleumdung in einem Eingangsband des Versorgungsamtes zu betrachten. Es sei festgestellt, daß das Versorgungsamt auch von Quenglern und unzufriedenen Elementen geschädigt hat. Graßmann habe die Pflicht gehabt, selbst die geschandten Kriegsbeschädigten in Schutz zu nehmen und deshalb scharfe Worte brauchen müssen. Die Mehrzahl der Angeklagten seien Kriegsbeschädigte und haben sämtlich in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Ganz besonders sei deshalb Graßmann freigesprochen. Zugleichweise müssen denn auch die anderen Angeklagten Gebauer und Soops freigesprochen werden, da ja dann von einer Verbreitung einer Verleumdung keine Rede sein kann.

„Von den vier Angeklagten zinn: als erster der Angeklagte Gebauer hat sich erklärt. Er wies auf die Keuschung des Vertreters der Anklage hin, daß von den Angaben in den Artikeln nichts erwieken sei und bemerkte, daß das Gericht doch in eine Beweisführung gar nicht einmal eintreten sei. Das Gericht habe damit die Angaben als wahr unterstellt. Er erbat deshalb um Freisprechung. Der Wahrheitsbeweis sei erbracht worden. Er sei bereit, den Beweis zu erbringen, die Zustände im Versorgungsamt einer öffentlichen Kritik zu unterziehen. Er wolle die

darauf hinweisen, daß er aber auch loyal gehandelt habe und auch bereitwillig die Gegenseite in der von ihm redigierten Zeitung zu Worte habe kommen lassen, denn die Erwidrerungen des Oberst von Horn haben stets dem § 11 des Preßgesetzes nicht entsprochen und wäre er somit gesetzlich nicht verpflichtet gewesen, diese Verleumdungen aufzunehmen. Trotzdem habe er selbige getan.

Der Angeklagte Graßmann verzichtete auf weitgehende Ausführungen und äußerte nur noch kurz, daß seine Organisation programmatisch parteipolitisch und religiös neutral sei. Die Behauptung des Vertreters der Anklage, die Angeklagten vertreten eine bestimmte Partei, trafe also gar nicht zu. Es sei aber festgestellt, daß Oberst von Horn bei allen Verhandlungen das politische Gebiet streifte und besonders vor den unabhängigen Sozialdemokraten marinierte. (Rufe im Zuhörerraum: Wohl Der Vorsitzende bittet, Äußerungen im Zuhörerraum zu unterlassen, sonst wäre er gezwungen, denselben räumen zu lassen.) Steht habe er (Graßmann) es abgelehnt, in diesen Zusammenkünften politische Angelegenheiten zu erörtern, sondern besprach nur die Kriegsbeschädigtenforderungen. Ihm habe es ferngelegen, Oberst von Horn zu beleidigen, sondern er wollte nur, daß die Diktatur des Militärs aus dem Versorgungsamt ausgeschieden wird. Durch den Bericht in Nummer 195 des „Freien Volkes“ habe er nur Herrn Oberst von Horn in abgeschwächter Weise die Verleumdung zur Kenntnis gebracht, die gegen ihn und das Offizierskorps von Seiten der Kriegsbeschädigten besteht. Die Kriegsbeschädigten haben es noch nicht vergessen, wie sie während der Kriegszeit behandelt wurden und als Krüppel oftmals mit einem heißen Arm als noch felddienstfähig seitens der Offiziere bezeichnet wurden. Selbst Oberst von Horn war diese Mißstimmung bekannt geworden, besonders in einer Versammlung in der Sporthalle, an der sämtliche in Frage kommenden Behörden teilgenommen hatten. Dort hatte Oberst von Horn in Zivilkleidern, wie er später berichtete, um nicht gesehen zu werden, sich unter die Kriegsbeschädigten gemischt, während der für ihn reservierte Platz frei blieb. Scharfe Worte seien von ihm erst gebraucht worden, nachdem von Seiten des Obersten v. H. diejenigen Kriegsbeschädigten als Quengler und unzufriedene Elemente bezeichnet wurden, deren Entzüge abgelehnt seien. Es ist eine Charakterlosigkeit, wenn Leute, die krankhaft veranlagt sind, ihr Weiden von Seiten des Vertreters einer Behörde öffentlich zum Vorwurf gemacht wird. Er habe hier im Interesse der Kriegsbeschädigten gehandelt, sowie seine Pflicht als Angeklagter der Kriegsbeschädigtenorganisation erfüllt. Ihr Programm forderte damals die Beilegung der Offizierskaste aus dem Versorgungsamt. Er übernehme für seine Tätigkeit die volle Verantwortung, da er aber keine strafbare Handlung begangen habe, ersuche er um Freisprechung.

Der Angeklagte Soops forderte Freisprechung seiner Person sowie der Mitangeklagten und führte dazu begründend folgendes aus: In dem ersten Artikel, der nur in dem „Freien Volk“ erschienen sei, habe sich Herr Oberst von Horn wegen der Bemerkung beleidigt gefühlt, daß er ein Mann vom alten reaktionären Offiziersgeist sei. Er müsse sich wundern, daß man sich darüber beleidigt fühlen kann. Andere Offiziere sehen dieses als eine Ehre an. Die anderen Artikel sind die Folge einer Veröffentlichung des Obersten von Horn in bürgerlichen Zeitungen Danzigs. Während der Artikel in der „Volkswacht“ frei von jeden Kraftworten gewesen ist, habe Oberst von Horn in seinem Artikel von krankhaft veranlagten Quenglern und unzufriedenen Elementen gesprochen. Als unverantwortliche Elemente bezeichne er Kadaverbrüder, die auf die Straße gehen und Fenster scheiben einschlagen, nicht aber Personen, die vom Vertrauen der großen Volksmassen getragen, berufen sind, Verhandlungen mit Behörden zu pflegen. Sogar habe Oberst von Horn diesen Personen den guten Glauben abgesprochen. Dieses sind beleidigende Äußerungen, die sofort beantwortet werden mußten. Die „Volkswacht“ und das „Freie Volk“ waren verpflichtet, sofort hiergegen Stellung zu nehmen, da viele Kriegsbeschädigte zu ihrem Befreiungskreis gehören. Die inkriminierten Artikel sind frei von jeden beleidigenden Äußerungen und man müsse sich wundern, daß Oberst von Horn Strafantrag gestellt habe. Wer an der Spitze einer solchen Stelle steht, muß mit Kritik seiner Tätigkeit rechnen.

Der Angeklagte Smura wies darauf hin, wie er stets anscheinend durch seine Zugehörigkeit zu unabhängigen Sozialdemokratie seitens des Versorgungsamtes benachteiligt wurde, wo er als Bureauangestellter tätig war. Andere Stellen hätten seine Anklage erlaubt und ihm Unterstützung gewährt, das Versorgungsamt allein habe ihm diese Unterstützung verweigert. Oberst von Horn sei unabhängig, denn er wolle sich sogar an seinen Angestellten zu verbieten, in den Pausen über Gehaltsfragen usw. zu sprechen. Er sei bereit gewesen, für sämtliche dem Gauleiter Graßmann gemachten Angaben den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

Nach kurzer Beratung verlesend, der Vorsitzende folgendes Urteil: Sämtliche Angeklagten sind auf Kosten der Staatskasse freizusprechen. Zur Begründung des Urteils wurde folgendes angeführt: Die Angeklagten haben sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen, und zwar der Kriegsbeschädigten, gehandelt. Es kann dahin gestellt werden, wie weit die aufgestellten Behauptungen unberechtigt sind. Es war zu prüfen, ob das Vorhandensein einer ehrenkränkenden Verleumdung in Frage kam, was verneint werden mußte.

Lokales.

Das journalistische Warenhaus.

Ein Volk hat nicht nur das Parlament, sondern auch die Presse, die es verdient.

Überträgt man diesen Grundsatz auf die Zuständigkeiten, so muß man zu dem Schluß kommen, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit noch heute nach der Revolution politisch sehr stark indifferent ist. Denn sonst hätte es schon längst seine „politisch sein wollenden „Generalanzeiger“ — „Lokalzeitung“ Nachrichten“ und wie sie sich sonst nennen mögen — in den Händen einer geworfen, welche sie gehören von Rechts wegen.

Eine derartig scharfe Beurteilung soll ein Mensch nie machen, wenn er keine näheren Gründe dafür anführen kann.

„Also — man nehme nur den politischen Seitartikel dieser „Generalanzeiger“.

Nur die Frage: Wer schreibt sie zusammen?

Da ist in Berlin wenige Jahre vor dem Kriege ein „journalistisches Warenhaus“ — es gibt deren heute mehrere — aufgemacht worden. Von einem blondhaarigen, blonden, deutschen Journalisten.

Bei ihm lagen andere „Generalisten“. Die braven jeden Tag bekehrten für den deutschen „Generalanzeiger“ zusammen. Für welche 400 bis 500 und noch mehr. Denn ihrer sind Segen. Der gleiche Artikel wandert an „Generalanzeiger“ mit konventionellem Einschlag, weil sie beschuldigen von Generalredakteuren gelesen werden, mit Vertrauensverhältnis, da sie meistens ganz rationalen Sinn mit national-liberalen oder totalitären Ideen.

Der Sultan, der Thron und Harem erbt.

Einem gewissen Robert Mac Bean, der als Sergeant der amerikanischen Armee den Krieg mitgemacht hat, ist loben als unvorhergesehenes Weihnachtsgeschenk ein Thron und daneben noch ein Harem von 40 Schönen zuteil geworden.

Der Luxus der Flugzeugfabrike.

Nichts fällt bei der zurzeit in Paris stattfindenden aeronautischen Ausstellung so sehr auf, wie die Tatsache, daß die Kabinenausstattung der modernen Flugzeuge eine Umwälzung erfahren hat.

Das Flugzeug im Dienste des Goldgräbers.

Um eine Verbindung zwischen Cayenne und den Gebieten Guayanas, in denen die Goldgräberbetriebe betrieben wird, herzustellen, hat jetzt ein französischer Kapitän mit Unterstützung der Behörden jener Kolonie einen Luftpostdienst zwischen Saint-Laurent du Maroni und Cayenne eingerichtet.

erfreuten. Stellt sich nun die Frucht durch die Luft recht hoch, so ist das Gold immerhin ein Artikel, der die erhöhten Frachtpreisen gut und gerne tragen kann.

Der Sieg der „Blonden“ und ihre Zukunft.

Aus einer kleinen amerikanischen Statistik über den Siegeszug der blonden Rasse in der Weltgeschichte sei hier der großen Bedeutung des Problems willen folgenden entnommen: Alle Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten, von George Washington bis zum Woodrow Wilson, haben blaue Augen gehabt.

Die Banknotenfigur mit den 7 Fingern.

Tropenerblätter berichten, daß die neuen tschecho-slowakischen Tausend-Kronen-Noten eine merkwürdige Absonderlichkeit aufweisen. Sie zeigen eine Dame, die an der Hand, mit der sie eine Getreidegarbe hält, sieben Finger hat.

Zur Palata.

Am 5. Januar galten:

- 1 amerikanischer Dollar 48,5 (425) Mk. 1 englisches Pfund 159 (20,40) Mk. 100 holländische Gulden 1871 (170) Mk. 100 schwedische 1061 (112) Mk. 100 dänische Kronen 941 (112) Mk. 100 norwegische Kronen 1064 (112) Mk. 100 tschechische Kronen 80,5 (85) Mk. 100 ungarische Kronen 82 (85) Mk. 100 deutsch-österreichische Kronen 32 (85) Mk. 100 finnische Mark 147 (100) Mk. 100 polnische Mark 38 (100) Mk. 100 französische Franken 460 (80) Mk. 100 belgische Franken 465 (80) Mk. 100 Schweizer Franken 880 (80) Mk. 100 spanische Pesos 944 (80) Mk. 100 rumänische Lei 130 (80) Mk.

Die in Klammern gesetzten Zahlen geben den Normalwert an. Interessant ist hierbei die Feststellung, daß die französische, belgische und rumänische Palata weit unter der spanischen und schweizerischen stehen, während diese Länder zu normalen Zeiten die gleiche Währung hatten.

Eine gnädige Frau.

In dem sehr christlichen und nicht viel weniger reaktionären Berliner „Reichsboten“ fand sich in der Nummer 504 dies verlockende Angebot:

Für Willenhausarbeit von zwei Personen sofort einfaches, bescheidenes, absolut zuverlässiges und anhängliches junges Mädchen, Mitte bis Ende 20, als Stütze gesucht, die sich vor keiner Arbeit scheut und im Kochen, Waschen, Einmachen, Abwaschen, Ausbessern, womöglich Schneidern und jeder Zimmerarbeit äußerst tüchtig ist.

Auf diese Anzeige hin schrieb Herr Dr. W. Farnisch, ein Geistlicher (wie wir im „Pfarrerverein“ lesen), einen Brief an Frau Güttenbretter Mähe, in dem es u. a. heißt:

Siehe Frau Mähe. Sie suchen im „Reichsboten“ eine in allen Hauswirtschaftszweigen erfahrene Pastorentochter mit nationaler Gesinnung, die bereit ist, um einen Gotteslohn Ihnen den Haushalt zu führen.

Dieser Wasserstrahl von Ironie dürfte die „gnädige Frau“ davor bewahren, ein zweites Mal ein so unbeschämtes Angebot öffentlich auszuschreiben.

Güterwagen aus Beton.

Obwohl es in Amerika nicht an Holz und Eisen fehlt, macht man jetzt doch auf der Illinois-Zentral-Eisenbahn Versuche mit Güterwagen aus Eisenbeton nach den Plänen des Ingenieurs Jos. B. Strauß.

Humor und Satire.

Das Bilderrätsel. Im Erfrischungssaum eines Warenhauses stehen drei Mädchen beieinander und sprechen über dies und jenes. Die kleinste von ihnen verzehret dabei gemächlich einen Apfel.

Eine Vielgeliebte. Frau Knecht: „Glauben Sie mir, schon viele junge, vertriebene Menschen haben sich an meinem Busen ausgeweidet!“ — „Gleichzeitig?“ (JUL.)

Lungen- Tuberkulose-, Geschlechts-, Krebs- und andere Kranke erhalten jetzt ausführliche Broschüre mit ärztlichen Gutachten über Heilung und Bekämpfung ihrer Krankheit, bei Einsetzung von 1,50 Mk. in Briefmarken durch: Krahe's pharmaz. Laboratorium, Frankfurt a. Main, Börseplatz 1, Tel. Römer 5020. (8016)

Amliche Bekanntmachungen. Ausgabe von Markenbogen zu den Nahrungshauptkarten. Am Donnerstag, den 15. Januar werden die neuen Markenbogen für die Haushaltungen nachfolgender Straßen in den dahinter vermerkten Ausgabestellen ausgegeben: Bartholomäuskirchengasse - Mädchenschule, Faulgraben 11/12; Bartholomäuskirchhof - Mädchenschule, Faulgraben 11/12; Cäcilienstraße - Bröjen, bei Herrn Zierold; Langgasse - ...; Heilige Geistgasse - Knabenschule an der großen Mühle 8/10; ...; Kosmos-Abreiß-Kalender 1920 Preis 4.40 Mark; Buchhandlung „Volksstimme“ Am Spandham 6, Filiale: Paradiesgasse 32; Oliva. Magermilchverkauf in der Filiale Klefshau. Der Magermilchverkauf findet von jetzt ab in folgender Reihenfolge statt: Freitag Lebensmittelausweis Nr. 100-600, Sonnabend 601-1230, Montag 1231-1738, Dienstag 1739-2142, Mittwoch 2143-2586, Donnerstag 2587-3047. Berkaufszeit von 12 bis 2 Uhr nachm. Mit Rücksicht auf die immer knapper werdenden Eingänge an Magermilch können sämtliche Karten bis auf weiteres nur mit der Hälfte des darauf vermerkten Quantums beliefert werden. Oliva, den 13. Januar 1920. Der Gemeindevorsteher. J. B.: Scheffler. Der Arbeiterrat. Ostrowski; Filz-Hüte Velour-Hüte für Damen und Herren werden schnellstens in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung umgepresst, gewaschen und gefärbt. Strohhut- und Filzhutfabrik Hut-Basar zum Strauß Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 8-7 (gegenüber der Markthalle). (8307); Flüssige Leer- u. Kamillenseife in 200 Gramm-Flaschen u. lose in größerer Packung, inländische Rasier-Fettseife ca. 60 Gramm schwer, in Staniol u. Pappschachteln bietet zu Fabrikpreisen an und bittet bei Bedarf um Anfragen Kurt Scheffler, Peiplin Wpr., Telefon Nr. 64; Alle Sorten Kleintierseife u. Bierseife; Kosmos-Abreiß-Kalender 1920 Preis 4.40 Mark; Buchhandlung „Volksstimme“ Am Spandham 6, Filiale: Paradiesgasse 32; Eugen Tefner, Danzig, Langgarten 107.

Lokales.

Foerster - vorläufige Spitze der Danziger Regierung.

Die Foerster Verhandlungen, an denen Regierungspräsident Foerster und Oberbürgermeister Sohm als Vertreter Danzigs teilnahmen, haben uns als Geschenk der Allierten Regierungspräsident Foerster als vorläufigen Repräsentanten der neuen Regierung gebracht.

Nach Übernahme der Amtsgeschäfte erließ Foerster folgende Bekanntmachung:

Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages ist die Souveränität über das im Artikel 100 des Friedensvertrages bezeichnete Gebiet der künftigen freien Stadt Danzig auf die Allierten und Assoziierten Hauptmächte übergegangen. Auf Grund der zwischen diesen und dem Deutschen Reich getroffenen Vereinbarungen bleiben bis auf weiteres alle Gerichtsverwaltungen und sonstigen Behörden dieses Gebietes bestehen und führen ihre Geschäfte nach Maßgabe der geltenden Gesetze fort.

Bis zur Übernahme der Verwaltung durch den Vertreter der Allierten und Assoziierten Hauptmächte über ich mit deren Einverständnis als oberster Beamter des Gebietes die Staatsgewalt aus.

Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß alle Teile der Bevölkerung bemüht sein werden, durch treue Pflichterfüllung und gewissenhafte Beobachtung der Gesetze den Übergang in die neuen Verhältnisse zu erleichtern.

Danzig, den 18. Januar 1920.

gez.: Foerster.

Regierungspräsident und stellb. Oberpräsident.

Groß-Danzig und die Freistaatsgrenze.

Danzig muß sich wie das ganze deutsche Mutterland mit dem Friedensvertrag abfinden und kann - zunächst wenigstens - an eine Revision nicht denken. Wohl ist es aber möglich, daß die Bevölkerung begründete Wünsche, die noch innerhalb des Friedensvertrages liegen, und auf ihre Erfüllung hinwirken.

Solch ein Wunsch ist die bessere Gestaltung der Freistaatsgrenze, soweit dabei erhebliche Interessen der Danziger Bevölkerung in Betracht kommen.

Der Mieterverein beschäftigte sich am Sonntag gemeinsam mit Vertretern anderer Gemeinden mit der Bildung eines Groß-Danzig von Joppot über Braust nach Nidelswalde. Dabei kam auch die enge Einschränkung von Joppot und Danzig nach dieser Seite hin zur Sprache. Nicht nur Adlerhorst, sondern auch der große Stern, die Jörsterei Grenzau und Taubenwäfer, Zeile des Oberforstmeisterweges, des Langen Grundes, des Frischwassertales, des Pionierweges und der Kohlenweg im Ostbarnwalde liegen außerhalb des Danziger Gebietes. Die wanderlustigen Danziger können keine Tageswanderung im Walde mehr unternehmen, ohne auf Grenzpfähle zu stoßen. Die Oberförsterei Oliva ist zerrissen. Die Olivaer Wälder waren die Lunge der Danziger Bevölkerung, die ihnen nun eingeschmälert wird. Der Wälderbund hat manches beabsichtigt, aber sicherlich nicht, die Danziger Bevölkerung um ihr schönstes, nächstgelegenes, harmloses Wanderziel zu bringen. Von den Ortshäusern wollen wir gar nicht reden. Aber die Oberförsterei Oliva hat ihren Sitz in Oliva selbst und sie sollte man zum Danziger Gebiet schlagen. Die Oberförsterei Oliva ist Danziger Interessengebiet. Danzig wird auch von anderen Rationalitäten bewohnt sein und diese werden gleichfalls ihre Freude daran haben, wenn sie Sonntags in diesem schönen Wald wandern können, ohne Grenzscherecken zu haben.

Man war bei der Aussprache auch der Ansicht, daß die Vertreter des polnischen Staates sich diesem harmlosen Wunsche nicht ernsthaft entgegenstellen würden. Ein nationales, politisches oder wirtschaftliches Interesse liegt hier nicht vor. Lediglich ein gesundheitliches und ästhetisches und ein Interesse des Danziger Gemüths. Der polnische Staat erhält ja ein so gewaltiges Geschenk in den Schöpf gelegt, wie es die Weltgeschichte wohl kaum kennt, und da wird er sicher großmütig sein wollen, wenn es so billig gesehen kann wie bisher. Die polnische Nation rühmt sich der Ritterlichkeit. Hier würde sie den Beweis dafür liefern können. Auch die polnischen Mitbürger in Danzig dürften diesem Wunsche gewiß ihre Zustimmung und Unterstützung nicht versagen. Die einzusetzende Grenzkommission wäre in der Lage, diese Grenzbestimmung vorzunehmen.

Der Mieterverein will weiter versuchen, diesen Wunsch zu vertreten und bittet die Bevölkerung von Groß-Danzig und die in Betracht kommenden Stellen diesem Wunsche gleichfalls Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Die Gewerkschaften für die hungernden Wiener Brüder.

Das Gewerkschaftskartell der zentralorganisierten Gewerkschaften gibt diese Woche Sammellisten heraus und wendet sich an die Arbeiterschaft mit folgendem Aufruf:

Kollegen und Kolleginnen!

Die Not unserer deutschen Arbeitsbrüder in Oesterreich schreit zum Himmel!

Sie haben kein Brot und Brennmaterial. Sie verzweifeln an sich und die Menschheit und verkommen in diesem jammervollen Elend, in dem der Tod bereits schreckliche Ernte hält.

Es gilt diesen Armen zu helfen!

In ganz Deutschland sammeln die Gewerkschaften Gelder, um helfend einzuschreiten. Wollen wir Danziger uns vor dieser Pflicht des Helfens verziehen? Ich glaube es nicht! Wohl ist auch die Not bei uns riesengroß. Sie reicht aber nicht im entferntesten heran an die Not unserer Arbeitsbrüder in Oesterreich. Die Armut hat immer das größte Mitgefühl mit der Not des Mitmenschen. Weich sie doch nur zu gut, was Oesterreich bedeutet.

Deshalb wenden wir uns vertrauensvoll an Euch!

Zeichnet so viel in Euren Kassen steht auf die Sammellisten, die Euch die Vertrauensleute der Organisationen vorlegen und weist sie nicht zurück, wenn ihr helfen könnt.

Es kommt die Zeit, wo auch wir in unsern schweren Kämpfen, die uns in unserm neuen, keimenden Staatswesen sehen, auf die Hilfe der deutschen Arbeiterschaft angewiesen sein werden.

Deshalb auf! und erfüllt eure Pflicht!

Kartell der zentralorganisierten Gewerkschaften Danzigs.

i. A.: A. A. Kozłowski.

Keine Gefahr für die Festjahrsmesse. Wie uns die Mitteilung mitteilt, entspricht die Nachricht, die Danziger Frühjahrsmesse werde wegen der Besetzung Danzigs durch englische Truppen nicht stattfinden, nicht den Tatsachen. Es sind bisher keine Anordnungen der Entente in Danzig getroffen worden, die die Messe in Frage stellen könnten. Es kann noch wie vor mit dem Stattfinden der Messe in den Tagen vom 18. bis 25. Februar ge-

rechnet werden. Im letzten Augenblick hat sich übrigens die polnische Industrie entschlossen, in Danzig zurückzukehren. Auch aus Amerika sind in den letzten Tagen noch Anmeldungen von Kunststücken eingetroffen. Eine Delegation des Danziger Meßamts kritisierte den polnischen Behörden in Warschau ihren Besuch ab und erhielt die Zusicherung, daß von dort aus alles geschehen soll, um die Danziger Messe zu fördern. Höchstwahrscheinlich werden Sonderzüge für den Reisebesuch von Warschau nach Danzig und auch von Polen nach Danzig durchgeführt werden. Die Ausstellungsgüter treffen teilweise schon jetzt in Danzig ein. Auch ist die Zahl der angemeldeten Einkäufer bereits erheblich gestiegen. Da die Fahrt nach Danzig künftig durch polnisches Gebiet geht, werden demnächst Mitteilungen gemacht, welche Formalitäten und Reisepapiere bei dieser Durchreise erforderlich sind.

Die polnische Militärkommission. Seit einigen Tagen befindet sich zur Orientierung und Vorbereitung einer zeitungslosen Hebergabe in Danzig eine Kommission polnischer Offiziere mit beglaubigten Ausweisen der Warschauer Obersten Heeresleitung. Ein Teil der Kommission hat im „Danziger Hof“ Wohnung genommen, ein anderer im Olivaer Schloß. Die polnischen Offiziere sind in Verhandlungen mit dem Stabe der Befehlshaber 17. Armee Korps getreten, um über die militärische Räumung Westpreußens zu unterhandeln. Ueber die militärische Räumung Danzigs wird mit dieser Kommission nicht verhandelt, da über diesen Punkt unmittelbar mit der Entente unterhandelt werden wird. Zur Unien-Kommandantur Danzig tritt in den nächsten Tagen ein polnischer Offizier, der nach der Räumung die Kommandantur übernimmt.

Stipendien bis zu 300 und 360 M. jährlich werden aus zwei von dem Verein zur Förderung des Gewerbestandes in Charlottenburg verwalteten Stiftungen, der Jubiläumstiftung und der Rathenau-Stiftung, zum 1. April d. J. an 3-4 oder 2-3 Personen vergeben und zwar aus der Jubiläumstiftung an strebsame Techniker, Maschinenschlosser, Großmechaniker und dergl. im Alter von 18-26 Jahren zu ihrer Ausbildung auf einer technischen Mittelschule, und aus der Rathenau-Stiftung an Personen, die sich dem Studium an einer preussischen Maschinenbauhochschule oder an einer deutschen dieser gleich geachteten technischen Schule widmen, wenigstens 8 Jahre hindurch eine praktische Werkstatthatigkeit mit Erfolg ausgeübt und das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben. Nähere Auskunft erteilt das Bureau des oben genannten Vereins - Charlottenburg, Berlinerstraße 171/72 - an welches auch Bewerbungen bis zum 20. Februar zu richten sind.

Veranstaltungen.

Konzert Erna Dencra. Der Arbeiter-Bildungsausschuß hat es sich zur Aufgabe gemacht, der wertvollen Bevölkerung, die nicht in der Lage ist herrende Preise für bildende Veranstaltungen zu zahlen, gediegene Kunst zu bieten. Durch seine Verwendung ist es gelungen, für das Konzert der Kammerlängerin Erna Dencra, der Primadonna an der Staatsoper Berlin, am Sonntag, abends 7 Uhr, im der Sporthalle Karten zum Vorzugspreise von 2 M. zu erhalten. Die Karten sind in den bekannten Verkaufsstellen Parfiebureau 4, Tamm 7, in den Buchhandlungen der Volkstimme und in den Zigarrenhandlungen Sellin, Schäferdamm und Gottsche Nachf., Lange Brücke zu haben. Die Arbeiterschaft wird gebeten, von der ihr gebotenen Vergünstigung reichlich Gebrauch zu machen.

Vollzeitsbericht vom 14. Januar 1920. Verhaftet: 6 Personen, darunter 4 Personen wegen Diebstahls, 1 wegen Betrugs und 1 wegen Sachbeschädigung. - Gefunden: 1 braunes Portemonnaie mit etwas Geld, Knopf und Brennspritzenmarke, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums. 1 Geldschein, abzuholen von Herrn Polizeiwachmeister Kad. Mirchauer Promenadenweg 3. 1 Regenstirn mit einer braunen Krüde, abzuholen von Herrn Polizeiwachmeister Pakke, Straußengasse 7 a. 1 Wertgegenstand, abzuholen vom Postamt 1, Langgasse. 1 silberner Anhänger, abzuholen von Schüler Alfons Ley, Ahlberggasse 1 a. - Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres auf dem Fundbureau des Polizeipräsidiums in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags bzw. bei den genannten Findern zu melden.

Wasserstandsnotizen am 14. Januar 1920.

	gestern	heute	gestern	heute	
Thorn	2,70	—	Dickel	3,30	3,75
Fordon	2,84	2,74	Dirschau	3,48	4,00
Ulm	3,10	2,72	Einlage	2,84	3,14
Grabenberg	3,10	2,92	Schwienhorst	2,80	2,90
Kurzebrack	3,46	3,48	Wolfsdorf	0,02	0,08
Montauer Spitze	3,11	3,59	Arnswalde	1,28	1,29

Vorläufig letzter Eisbericht.

Wechsel: Von Thorn bis zur Mündung schwaches Eintreiben. Regat: unverändert.

Theater und Konzerte.

Stadttheater.

1. Schauspiel: Theodor Beder.

Der Orest, den Theodor Beder zum Berliner Staatstheater gestern auf unserer Bühne erleben ließ, ist, soweit ich mich zu entsinnen vermag, kaum vollendeter hier gegeben worden. Wohl ging dem Künstler ein großer Ruf voraus, aber hochgeschraubte Erwartungen wurden gestern noch übertraffen. Ich sprach gleich von vornherein für den Künstler, daß er sich für sein erstes hiesiges Schauspiel diese Rolle erwählte, die alles andere als eine Sonderrolle ist. Ganz im Gegenteil ist der Orest eine höchst unbedeutende Aufgabe, mit der die meisten nicht Redendes anzufangen wissen, indem sie bestenfalls einen echt gereinigten Wahnsinnigen spielen. Dieser Orest war aber bei alles erschütternder Natur, der von den Griechen bezeichnet, doch in jedem Zoll des Kosmos der Sohn des „göttlichen Agamemnon“, der edle Griechengüngling. Und dann im zweiten Teil, da die Stadt des Orestes von ihm gemieden ist, war dieser Orest eben wieder der gleiche, eben der Bruder der Jphigenie, ruhig, stolz mit Achtung vor dem alternen König und adlig bis in die Fingerspitzen. Unterstützt wird der Künstler, der unzweifelhaft zu den wenigen Unternehmern der Mühsal gehört, durch ein kraftvolles, aber auch in den wildsten Ausdrücken sympathisches Organ, (mit leise nasalem Einklang) gute Körpermaße und eine starke Augensprache.

Als Jphigenie muß Nora Ottenburg erwähnt werden, die, offenbar ruder des starken Einbruchs des Orest, wesentlich von ihrer Leistung des Vorjahres abfiel und auch den Gesellschaften Verse jene sorgfältige Pflege angewiesen hat, die man hinter der inspielerischen Ausgestaltung der Personen leider sehr zum Nachteil für die Schönheit des Geschehens in den Hintergrund stellen zu dürfen glaubt. W. O.

Ueberabend Joseph Schwarz.

Der gestrige Ueberabend des Joseph Schwarz, dessen Erscheinung vor einer Reihe von Jahren mit den höchsten Stimmen der Begeisterung gefeiert wurde, bestärkte leider den Eindruck, den ich bereits vor längerer Zeit von ihm als Pächterlänger in Berlin empfangen hatte. Seine Stimme hat außerordentlich verloren, sowohl an Kraft wie auch an Schönheit. Und wenn sein Gesang auch noch immerhin fest ist, weil er viel Kultur besitzt, so verstimmt doch jedes Jüngeres mit Effekten, durch das er seinen Vorträgen etwas wie suggestive Kraft geben zu wollen scheint. Man vermag man einem Künstler wie Schwarz, in gesangstheoretischer Hinsicht kaum einen Vorwurf zu machen, denn beispielsweise seine Art, vom Brust- in den Kopftönen überzugehen, ist fast einzig, wenn schon er in der Oberregion ärger des Saumens bedrängt als gut ist und seine Stimme hat noch herrliche Kanitens, aber wer ihn einmal so ganz anders gehört hat, ist enttäuscht. Und das Bewies auch der Beifall des Publikums, das sich erst zum Schluss erwiderte.

Was dagegen von künstlerischem Standpunkt gar nicht häufig genug abgelehnt werden kann, war das Programm, das der Sänger und Dazigener bot. Hält er uns freistattler schon für so international, daß er italienische Weisen zu beständig glaubte, von denen man die des Altmeisters Giacomo Cassiani als historisch reizvoll noch gelten läßt, hingegen die beiden recht schmäligen Stücke, die folgten weniger gerührt. Denn Stellung dürfen aus all seinen Gaben doch nur die Stücke Berthovens haben, von denen die „Chöre Gottes“ fast ohne alle Konturen blieb. Eindeutige Schilke, das der Sänger übrigens sehr schön und innig sang, und „Ein Weib“ (Geinrich Heine) „Sie halten sich beide so herzlich lieb“ sind doch recht unbedeutend, und den eleganten, hübsch gemachten impressionistischen Spielereien Max Kozoloffs (Euch Pierrot-Lieder nach Hartlebens „Pierrot Lunaire“ des Franzosen Giraud) begreift man in einem gepflegten Kabarett wohl recht gern, indes —

Waldemar Dschowitsch am Flügel begleitete sehr gut und spielte manchmal eine andere Rolle als die der Sänger sang. W. O.

Aus dem Freistadtbezirk.

Der Joppot-Olivaer Lehrerverein hielt am Sonntagabend eine Versammlung ab, in der die Herren Adler und Frede über „Elternbeiträge“ sprachen. Folgende Leitfäden wurden angenommen:

1. Von jeder sind Schulbehörden und Lehrer bestrebt gewesen, bei der Erziehung der Jugend ein harmonisches Zusammenwirken zwischen Schule und Elternhaus herbeizuführen.
2. Zur Förderung und Vertiefung dieser Bestrebungen soll von laut Ministerial-Erlass vom 5. November d. J. an jeder Schule ein Elternbeirat gebildet werden, und insofern erblickt der Joppot-Olivaer Lehrerverein in jenem Erlass einen unvermeidbaren Fortschritt.
3. Doch ist der Verein der Ansicht, daß der Erlass die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen wird, weil darin die Leistungen der Elternbeiträge nicht stark genug angesetzt und der Lehrerbeitrag keineswegs eine entsprechende Mitbeteiligung zugesichert ist.
4. Die Wirksamkeit der Beiträge darf sich nur auf die äußere Schulpflege erstrecken. Klassenbesuche seitens der einzelnen Mitglieder des Beirats sind zwar wegen der dadurch hervorgerufenen Unterrichtsstörung abzulehnen. Jedoch müssen Eingriffe in den inneren Betrieb des Unterrichts und dessen Aufsichtigung nach wie vor nur von Schule, durch deren Aufsichtsberechtigten vorbehalten bleiben.
5. Die Elternbeiträge werden ihrem Zweck umso besser dienen, je miltiger sie mit aller Engigkeit parteipolitische Bestrebungen von der Schule ferngehalten werden.

Aus den Ostprovinzen.

Freystadt. In der Sitzung des Beamtensprengels wurde bei der Besprechung der bevorstehenden Erhöhung der Teuerungssubvention um nur 50 Prozent, während der Deutsche Beamtensprengel 100 Prozent beantragt hat, eine Entschärfung an die Reichs- und Staatsregierung angenommen, in welcher die Erhöhung der laufenden Teuerungssubvention und Kinderzulagen um 100 Prozent verlangt wird, damit der Beamte der drückenden Not entzogen wird und in Zukunft weiterhin seine Pflicht erfüllen kann.

Sehne Nachrichten.

Die Opfer der Berliner Unruhen.

Der „Votalanziger“ meldet, daß bei den Demonstrationen vor dem Reichstagsgebäude bisher 31 Tote zu beklagen sind. Die Zahl der Vermundeten ist natürlich erheblich höher. Allein von den Beamten der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei wurden, wie bisher festgestellt, mehr als 80 zum Teil schwer verwundet und einer getötet. Die Zahl der verwundeten Demonstranten wird auf über 400 geschätzt.

Deutsch-polnisches Beamtenabkommen.

Berlin, 18. Jan. (W. Z. B.) Inkrafttreten des deutsch-polnischen Beamtenprovisoriums. Der deutsch-polnische Vertrag über die vorläufige Regelung von Beamtenfragen, der nach dem ursprünglichen Wortlaut des Artikels II erst am Tage des Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten sollte, ist nunmehr als Ergebnis der in Paris geführten Verhandlungen bereits mit dem Tage der Ratifikation des Friedens, also am 11. Januar in Kraft getreten. Wie erinnertlich ist, richtet das Provisorium die Rechte der deutschen Beamten in bezug auf ihre persönliche Sicherheit und ihre und ihrer Familie Eigentum. Es regelt ferner die dienstlichen Verhältnisse der Beamten unter polnischer Herrschaft und ihre Gehaltsbezüge während der Dauer des Provisoriums.

Kollchat gefangen.

Gefangener, 18. Jan. (W. Z. B.) Einem dänischen Fremdsprachler zufolge ist Kollchat mit seinem ganzen Stab gefangen genommen worden.

Verantwortlich für den politischen Teil Gustav Börs, für den unpolitischen Teil Gustav Börs, für die Unterhaltungsbeilage Gustav Börs, für die Inserate Bruno Ewert, Druck in Danzig, Druck und Verlag J. G. & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Mittwoch, den 14. Januar 1920, abends 8 Uhr
 Erhöhte Preise. Dauerkarten B 1.
Waldspiel Theodor Becker vom Staatstheater Berlin.
Judith
 Eine Tragödie in 5 Akten von Friedrich Hebbel.
 Hofoperhaus. Theodor Becker.
Donnerstag, den 15. Januar 1920, nachm. 2 Uhr
 Ermäßigte Preise.
Frau Holle
 Weihnachtsmärchen mit Langleinlagen.
 Abends 6 Uhr.
 Dauerkarten C 1.
Madame Butterfly
 Oper in 3 Akten von Puccini.
Freitag, den 16. Januar 1920, nachm. 2 Uhr
 Ermäßigte Preise.
Frau Holle
 Weihnachtsmärchen mit Langleinlagen.
 Abends 6 Uhr.
 Dauerkarten D 1.
Gastspiel Ernst Niebel vom Stadttheater Münster
 auf Engagement
Der Postillon von Conjeumeau
 Komische Oper in 3 Akten von Adolph Karl Adam.
 Sierauf: Tangbilder.
Sonnabend, den 17. Januar 1920, nachm. 2 Uhr
 Ermäßigte Preise.
Frau Holle
 Weihnachtsmärchen mit Langleinlagen.
 Abends 6 Uhr.
 Dauerkarten E 1.
Erziehung zur Liebe
 Ein ernstes Spiel von Hanns Kayser.

Wilhelm-Theater
 Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.
 Bühnenleitung Willy Kolmann.
Donnerstag, den 15. Januar, abends 6 1/2 Uhr:
 Neu! Zum 1. Male. Neu!
Der Tanzanwalt
 Vaudeville in 3 Akten von Porges Milo
 und E. Urban.
 Musik von Walter Schütt.
 Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei
 Bruno Kollin, Langemark 23.
 Vorverkauf benutzen!

Künstler-Spiele
Danziger Hof
 Hotel Danziger Hof - Eingang Domnikswall 6
 Dir.: Alex Brauns Art.-Leit.: Emil Wehrhahn
 Das hervorragende Januar-Programm
 Bertelweggart, Else Saldern, Baret u. Wales
 Eleonits Schlüter-Grünitz, Ludwig Wolff-
 Scheele, Fritz u. Bobbi Link, Lotte Kauer, Lola Gray
 Kapellmeister Steffi. Am Flügel Bubi Ger II.
 Jeden Rechmittag 4 Uhr-Tee - Künstlerbefe.

Arbeiter - Bildungsausschuss.
Am Sonntag, abends 7 Uhr, in der Sporthalle:
Konzert-Abend
 der Kammer Sängerin **Eraa Donera** von
 der Staatsoper Berlin. (147)
 Karten zum Einheitspreise von Mk. 2.- sind
 auf dem Parteibüro, 4. Damm 7 II, in der
 Buchhandlung der Volksstimme, in den
 Zigarrenhandlungen Söllin, Schüttseldamm
 und Gottke Nachf., Lange Brücke, zu haben.
 Zahlreiches Besuche erwartet. D. O.

Im Kaffee Konistzko

 gastiert
 Opernsänger
OTTO LEMKE.
 (85)

Deutscher Transportarbeiter-Verein
 Ortsverein Danzig.
 Zum Gedächtnis der Opfer des 1. Weltkrieges sollen die Familien
 unserer noch in Gefangenschaft befindlichen Mit-
 glieder eine Unterstützung aus Mitteln der Hauptkasse
 erhalten. Sie werden für die Ehefrau Mk. 20.-
 für jedes Kind unter 15 Jahren Mk. 5.-. Bei
 dieser Unterstützung haben auch die Eltern der in Ge-
 fangenschaft befindlichen Mitglieder Anspruch, sofern
 sie von ihrem Ehemann vor deren Einberufung zum Heeres-
 dienst unterstützt wurden. Wir ersuchen die Anspruch-
 berechtigten, sich in unserem Vereinsbüro 4. Damm 7,
 1. Et. zu melden. Die Ortsverwaltung
 J. A. E. Meyer.

Gedächtnisfeier
für die Toten der Revolution
 am Donnerstag, den 15. Januar,
 abends 8 Uhr im Werftspiechhaus
Gedächtnisrede und Rezitationen
 Arbeiter! Genossen!
 Erscheint in Massen!
K. P. D. (Spartakusbund)
 Ortsgruppe Danzig. (144)
Freie Kommunist. Jugend

Große öffentliche
Bäckergesellen-Versammlung
 am Donnerstag, den 15. Januar, abends
 5.30 Uhr in der Maurerherberge
Tagesordnung:
 1. Können die Kollegen bei dem jetzigen Lohn
 noch länger existieren, oder müssen wir höhere
 Löhne fordern?
 2. Diskussion
 Werte Kollegen, wir hoffen, daß Ihr in
 Massen zu dieser Versammlung erscheinen und
 Eurer Stimmung Ausdruck geben werdet.
Zentral-Verein der Bäcker und Konditoren
 J. H. Walter Joseph. (142)

Verband d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäsche-
arbeiter Deutschlands. Sektion 4. Putz- u. Strohhut-
Branchen. Filiale Danzig. Büro: Kalkgasse 8a1.
Achtung! Putz- u. Strohhut-Achtung!
Arbeiter und Arbeiterinnen Danzigs.
 Am Donnerstag, 15. Jan. 1920, nachm. 5 Uhr
 bei Schmidtke, Schichaugasse 6 (Jungstädtisches
 Gesellschaftshaus)

Gr. öffentl. Versammlung
 Tagesordnung wird bekanntgegeben.
 Unbedingtes Erscheinen aller in der Putzbranche
 beschäftigten Personen dringend erforderlich. (143)
 I. A.: Weiglein.

Oliva.
 Heute Mittwoch, abends 6 Uhr im
 Vereinshaus Oliva
außer-
ordentliche Mitgliederversammlung
der Sozialdemokratischen Partei
Tagesordnung: Bericht vom Parteitag.
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend
 notwendig.
 Mitgliedskarten und Bücher legitimieren. Soweit
 dieselben zum Umtausch gegeben sind, können sie am
 Eingang im Empfang genommen werden.
 (150) Der Vorstand.

Zahn-
ärztliche
Privat Klinik
Laboratorium für
künstliche Zähne
 Sprechstunde von 9-4 Uhr
 und nach Vereinbarung
Langgasse 33, gegenüber dem Friedrichs
 Non acht auf die 3. Etage

Straßenverkäufer
 für die
„Danziger Volksstimme“
 wollen sich zu günstigen Bedingungen melden in der
Geschäftsstelle Am Spandhaus 6

Oliva.
Eröffnung des Volksbades.
 Das im Keller der neuen katholischen Schule (Klosterstraße) ein-
 gerichtete Volksbad wird am
Freitag, den 16. Januar 1920 eröffnet.
 Die Badezeiten sind wie folgt festgelegt:
 1. Für das Brausebad
 am Dienstag jeder Woche von 3 bis 8 Uhr für weibliche Jugendliche
 Mittwoch " " " 3 " 8 " männliche
 Freitag " " " 3 " 8 " weibliche Erwachsene
 Sonnabend " " " 3 " 9 " männliche
 Als Jugendliche gelten Personen unter 20 Jahren.
 2. Für das Wannenbad
 Dienstag und Freitag jeder Woche von 3-8 Uhr für weibliche
 Personen ohne Altersunterschied.
 Mittwoch und Sonnabend jeder Woche von 3-9 Uhr für männ-
 liche Personen ohne Altersunterschied.
 Die Benutzungsdauer darf betragen:
 für ein Wannenbad einschließlich Aus- und Ankleiden 1/4 Stunden,
 für ein Brausebad ausschließlich Aus- und Ankleiden 6 Minuten.
 Im Auskleideraum dürfen sich Personen nur zum Zwecke des
 Aus- und Ankleidens aufhalten. Rauchen ist im Baderaum und im
 Auskleideraum streng verboten.
 Seife und Handtücher müssen von den Badenden mitgebracht
 werden. Weibliche Personen müssen für Schutz des Haupthaars gegen
 Nagwerden selbst sorgen. Die Anlegung von Badehosen oder Bade-
 schürzen ist in das Belieben der Badenden gestellt.
 Für mitgebrachte Wertsachen wird keine Gewähr übernommen;
 es wird mit Rücksicht darauf, daß nur ein gemeinsamer Auskleideraum
 besteht, empfohlen, Wertgegenstände aller Art zu Hause zu lassen.
 Die Preise für Benutzung der Bäder sind folgende:
 für ein Wannenbad 2,- Mk.
 Brausebad 0,40 Mk.
 Der Eintritt in das Bad ist nur Personen gestattet, die sich im
 Besitz einer Eintrittskarte befinden. Die Karten sind zu beziehen:
 1. In der Papierhandlung von Gonschorowski am Markt, Ecke
 Waldstraße.
 2. In der Papierhandlung von Felbner, Pelonkerstraße.
 3. In der Bäckerei von Landien, am Markt.
 Oliva, den 8. Januar 1920.
 Der Gemeindevorsteher. Der Arbeiterrat.
 Zwißel. Rotta. (127)

300 Mark Belohnung.
 Am Montag, den 12. d. Mts. in der Zeit von 3 bis 6 Uhr nach-
 mittags ist in dem Geschäftszimmer Nr. 33 des Westpreussischen Viehhandels-
 verbandes Krebsmarkt 2/3, 1. Stock (146)
eine Schreibmaschine - Continental Nr. 127 253 - gestohlen worden.
 Wer den Täter nachweist, erhält obige Belohnung.
Westpreussischer Viehhandelsverband.

Mit Fada nur allein
wird die Wäsche blättern



F A D A
das ideale Seifenpulver
mit Sauerstoffzusatz
 SCHNEIDERFABRIK OMA & CO. BREMEN

200 Mk. Belohnung!
 Am 25. 12. 19 vormittags ist von Rammbau
 ein älterer sehr kräft. Dobermann, tiefschwarz mit
 wenig braunen Abzeichen entwendet worden. Er
 trägt ein mit Nadeln besetztes Halsband und hört
 auf den Namen Ratan. Name des Angeigenden
 wird verschwiegen. Um Nachricht bitten (143)
Kriegsbeschädigter Neubauer,
 Rammbau 12, 2 Treppen.

Volksfürsorge,
 Barmherzige Genossen-
 schaftliche Versicherungs-
 Untertengellschaft
 Günstige Tarife für
 Erwachsene und Kinder.
 Kein Polstererfall.
 - Sterbekasse. -
 Auskunft in den Bureaus
 der Arbeiterorganisationen
 und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
 Bruno Schmidt,
 Maltenbuden 35.

Korsetts
 aus guten Stoffen
 besonders billig.
Toska Gunkel
 9 Köhnenmarkt 9
 gegenüber d. Stadttheater.
 Filialen in vielen Großstädten.
 (80)

Vereinsfahnen
 Abzeichen
 Thüringer
 Fahnenfabrik
 Coburg F 33.

Bei Schlaflosigkeit
 gegen alle Neurosen des
 Zirkulations- und Zentral-
 nervensystems, besond. bei
 nervöser Überreiztheit durch
 Berufsarbeit, epileptischen
 Krämpfen, Syphilis, neuros.
 Kopfschmerzen, neurosem
 Herzklappen, Nervensthenie,
 Neuralgie nehme man als
 vollständig unschädliches,
 gutwirkendes Mittel Bifz
Brombaldrian-Extrakt.
 Preis Mk. 6.- die Flasche.
 Fabrikant und Vertrieb
 Apotheker Draesfel, Erfurt.
 Zu haben in Danzig in
 der Engels-Apotheke u. der
 Bahnhof-Apotheke. (8220)

Interessante Bücher!
 Hochzeitsgedichte M. 2.50
 Grosses Liederbuch M. 2.-
 Witze u. Tostachen M. 2.-
 1000 Schnadahüpfen M. 1.50
 Mod. Tanzlehrbuch M. 2.50
 Kartenspiellehrbuch M. 2.50
 Komische Vorträge M. 2.50
 Praktisch. Hausarzt M. 3.50
 Buchführungslehre M. 8.-
 5000 Fabrikations-
 Rezepte M. 10.-
 Gr. Zauberkantate M. 2.50
 Kaninchenzucht M. 2.-
 Verlag Johanna Stopp,
 München, Hohenzollern-
 strasse 77. (8227)

Karbid, (83)
Karbidlampen
 Brenner, Brenneradeln,
 Batterien, Feuerzeuge
 in großer Auswahl billig.
 Kaufhaus für Fahrräder
 100 Breitgasse 100

Die Diensträume der Städtischen
 Holzbeschaffungstelle
 sind nach der
Großen Strömergasse 10'
 verlegt worden.
Magistrat Danzig,
 Holzbeschaffung.

Institut für Zahnleidende
E. Mewald & Dr. med. Reinberger
 Spezialist für Zahn- Spezialarzt für Zahn- u.
 ersatz. Mandranchheiten.
Pfefferstadt 711. **Telephon 2621.**
 Sprechzeit v. 8-7 Uhr, Sonntags v. 9-12 Uhr.
 Zahnersatz in Friedens-Kautschuk und Gold in
 höchster technischer Vollendung. Zahnstülpen,
 Zahnziehen mit örtlicher Betäubung usw. zu der
 bekannt mäßigen Kostenberechnung.
 Spezialität: (8345)
Patent-Reform-Gebiß (D. R. P. 200 663) plattrekon.
 Behandlung v. Auswärtigen mögl. in einem Tage